# INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM





83


Nr. 82

7. Dezember 1989

## Vorwort:

Ein wichtiges Ereignis der Woche: die Kiezdemo am Samstag. Auch wir wollen die Mobilisierung unterstützen; es hat uns aber einige Überwindung gekostet und wir haben dieses Plakat deshalb als Titel genommen, weil da noch die wenigsten Sprüche drauf waren und uns selber auch nix Dolles eingefallen ist. Aber mal im Ernst: die Anzahl der Parolen sollten nicht mit Inhalten verwechselt werden; viel Sprüche = viel Inhalt, oder wie? In den Flugis zur Kiezdemo auf den folgenden Seiten wird versucht ein Teil dieser Slogans mit Inhalt zu füllen.
In den letzten Wochen fiel uns unser Nicht-Verhältnis zum Stalinismus auf die Füße; auf der VV zur Kiezdemo stellte sich nun die Frage, ob wir weiter Transparente mit Stalin-Bildern tolerieren oder uns aktiv dazu verhalten. Auf der VV gab es einige Menschen, die Stalin verteidigten und viele, die zwar anders dachten, aber nicht das Maul aufkriegten. Wir sind der Meinung: Stalin hat mit sozialer Befreiung nichts zu tun. Nun denn - bis Samstag.
Außerdem noch hervorzuheben ist ein Text aus dem Rhein-Main-Gebiet mit Überlegungen für einen autonomen Kongreß. Wir finden diese Kongreß-Überlegungen einen wichtigen Anstoß und hoffen, daß dieser Vorschlag auch hier aufgenommen und weiterdiskutiert wird.
Bitte schickt uns bis Montag die Termine für die nächsten drei Wochen (wegen Weihnachten und so).
Eine Panne ist uns noch passiert: ein Artikel zum Knastkonzert vorletzte Woche wurde von uns leider verbaselt; wir holen das nächste Woche nach.

Briefe, Beschwerden und Bestellungen (keine Einzelabos, erst ab 5 Exemplare) wie immer an: **INTERIM**
**Gneisenaustr. 2a**
**1000 Berlin 61**

## Inhaltsverzeichnis:

Seite




**IMPRESSUM**

**Herausgeberin:**
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

**Redaktionsanschrift:** s. o.

**V.i.S.d.P.:** Charlotte Schulz

**Gesamtherstellung:**
Eigendruck im Selbstverlag

# BAT MINNA GEHT ZUR KIEZDEMO AM 16. 12.

## WIR AUCH




Wir wollen einen starken wildentschlossenen Frauenblock auf der Kiezdemo am 6. Dezember.
Wir leben hier im Stadtteil. Wir sind tagtäglich den Bedrohungen, der Anmache und der Gewalt durch frauenfeindliche Typen ausgesetzt.
Seit der Öffnung der Grenzen (zur DDR) sind wir neben den West-Ärschen noch zusätzlich mit den Ost-Mackern konfrontiert.
Neuerdings werden viele von uns dreist auf der Straße angequatscht, wos denn hier zur nächsten Peep-Show geht.
Pornohefte und -videos finden auch bei Männern aus der DDR reißenden Absatz.
Das Geschäft mit der sexuellen Vermarktung von Frauen floriert.

Florieren tun seitdem aber auch die Reden von der Wiedervereinigung der BRD und Westberlins mit der DDR.
DDR-Bürgerinnen und -Bürger, die nach Westberlin kommen, werden hier als heimgekehrte "Brüder und Schwestern" empfangen, während Flüchtlingsfrauen und -männern anderer Nationalitäten nach wie vor abgeschoben werden. Diese Frauen und Männer, die - egal aus welchen Gründen - hierher gekommen sind, bekommen nun noch deutlicher zu spüren, daß sie hier Menschen 2.Klasse sind.
Der Rassismus bedeutet für die türkischen und kurdischen Frauen und Mädchen, die hier leben, eine zusätzlich verschäfte Situation.
Sie Haben zudem sehr viel mehr noch als deutsche Frauen und Mädchen durch die von Männern Kontrollierte Großfamilie Schwierigkeiten, eigene Interessen durchzusetzen.




Doch anheimelnd war es hier im Kiez noch nie.
Den Rassismus gibt es nicht erst seit dem großdeutschen Taumel und sexistische Strukturen sind so alt wie nur irgendwas.
Von der Männergewalt auf der Straße sind alle Frauen betroffen, unabhängig davon ob sie in der Familie, allein, in Frauenwohngemeinschaften oder mit der Freundin leben. Doch Frauen,die mit Männern zusammenleben, sei es in der Kleinfamilie, in der türkischen Großfamilie oder in alternativen Beziehungen , sind oft auch zu Hause von Männergewalt bedroht: Vergewaltigung durch den Freund oder Ehemann, sexuelle Gewalt durch den Vater und Bruder.







Die meisten Frauen leben isoliert voneinander, d.h. in der Kleinfamilie, in kleinfamilienähnlichen Strukturen oder in der Großfamilie. Frauen sollen sich um den Haushalt kümmern, sich am Mann und den Kindern abrackern, und mancher Typ kommt sich sonstwie großartig vor, wenn er mal das Geschirr abwäscht.
Die Unterdrückung und Ausnutzung der jeweiligen Frau erscheint dann als persönliches Schicksal, als privates Unglück.

Zum Ausruhen keine Zeit, schon erblicke ich die nächste Ungerechtigkeit...




Selbstlos, aufopferungsbereit, immer bemüht, es allen recht zu machen, so sollen wir sein. Damit soll erreicht werden, daß Frauen nicht erkennen, daß aus all der Arbeit, die sie leisten, Profit geschlagen wird. Kostenlose Pflege von kranken Familienangehörigen, Großziehen von Kindern, und natürlich die alltägliche Versorgung der Männer , das soll zur sozialen Aufgabe und Pflicht von Frauen gehören.

Aber Frauen sind nicht nur Opfer dieser Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse.
Schon immer gab es Frauen, die sich individuell gewehrt und verweigert haben und auch organisierten Widerstand von Frauen.
Es gibt im Stadtteil Ansätze von Strukturen, wo Frauen sich zusammensetzen und über ihre Interessen reden oder einfach zusammen was machen können. Das sind z.B. Läden, wo deutsche und türkische und kurdische Schülerinnen hingehen, Beratungsstellen für türkische und kurdische Mädchen und Frauen und Frauencafes. In der Falckensteinstr. 46 machen Frauen jeden Sonntagnachmittag ein Fraunkiezcafe.

Es gab Aktionen von Frauen gegen Sex-Shops, Frauenhändler, Sextourismus, Vergewaltiger. Es gab Frauen-Patroullien auf den Straßen und in den U-Bahnen gegen die tägliche Anmache durch Typen.

Im Mai dieses Jahres haben Frauen versucht, hier im Stadtteil in der Mariannenstr. 8-10 ein Frauenzentrum aufzubauen. Das Zentrum haben die Bullen imAuftrag des Senats geräumt. Aber diese Idee ist noch lange nicht gestorben.

Am 16. Dezember wollen wir mit vieler Frauen im Frauenblock auf die Straße gehen und uns lautstark breitmachen.







WENN WIR UNS ERSTMAL EINIG SIND, HABEN DIE TYPEN GEGENWIND !

FRAUENZENTRUM MARIANNENSTRASSE IN UNSERE HAND !

NIE WIEDER GROSSDEUTSCHLAND !

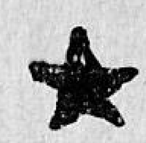
NAZIS VERTREIBEN - AUSLÄNDERINNEN BLEIBEN !

FÜR DIE INTERNATIONALE FRAUENSOLIDARITÄT !




## UNSER WEG INS GLÜCK - FRAUEN SCHLAGT ZURÜCK !

Treffpunkt: Schlesisches Tor 14.00 Uhr

# ★ Aufruf zur Kiezdemo am 16. Dezember 

Der Traum von der Kreuzberger Mauerrand-idylle - der stinkenden aber kuschligen Alternativnische in der kalten, kaputten Republik - ist ausgeträumt !
In den Brei der "bunten Kreuzberger Mischung" will die Banken- , Spekulanten- und Baumafia noch mehr Beton kippen! In den Kapitalisten - und Spekulantenetagen wollen sie nach dem Mauerbruch aus Kreuzberg, Wedding und einigen anderen Bezirken, sowas wie einen geamtdeutschen Intershop machen. Durch den Kiez bewegt sich schon die Karawane der Bonzen, StädteplanerInnen und ArchitektInnen. In dicken Daimlern, BMWs kutschieren sie durch die Stadtteile, machen ihre Pläne, Preise, Profite, kaufen ein, sacken ein, sahnen ab!
Aber das Bild von der "bunten Kreuzberger Mischung" war eh eine Propaganda - Lüge von SPD und AL, den StädteplanerInnen und SozialstrategInnen. Das Bild vom schönen Kreuzberg, dem vergnüglichen Schöneberg, dem polierten Wedding usw. soll doch nur dazu dienen, daß wir uns hier mit unseren Bruchbuden identifizieren und bereit sind, noch mehr Miete abzudrücken. Wir sollen uns wohl ( hohl ) fühlen in der ganzen Scheiße zwischen hektischer Roboterei auf Arbeit, Schlange stehen beim Sozi, Arbeitsamt, Wohngeldamt .... ,sollen die Augen zumachen zwischen Supermarktmüll, Sexshops, Puffs, Pornokultur und Spielsalons, sollen im Winter die Nase dicht machen, wenn es stinkt, sollen uns überhaupt zumachen im Vergnügungsviertel Kreuzberg, uns besoffen machen-uns bedröhnen, runter schlucken, was im Alltag läuft .... und alles so schön bunt hier!
Aber ihre Träume sind nicht unsere Träume. Das wissen sie. Deshalb bezahlen die Bonzen einen riesigen Apperat von WasserträgerInnen. Und sie bezahlen sie gut, z.B. in den Büros von S.T.E.R.N, Stattbau, Verein SO 36, den Sanierungsgesellschaften, Konfliktkommissionen und wie sie alle heißen damit sie uns verarschen.
Was in anderen Städten an Modernisierung/Sanierung teilweise knallhart durchgezogen wird, soll hier von diesen Pufferinstitutionen abgefedert werden. Aber im Endeffekt explodieren die Mieten genauso wie überall.

Und die streichen sie sich ein, die Hausbesitzer, Wohnungsbaugesellschaften, Spekulanten und Banken und grinsen sich eins in ihren fetten Villen über Obdachlose und massenhafte Wohnungslosigkeit. Das treibt die Mieten hoch, die Konkurenz unter Wohnungssuchenden soll die Leute ruhig halten, ja sogar gegeneinander ausspielen. So planen sie den Nährboden auch für rassistische Tendenzen!

Nicht die, die von woanders hierherziehen sind für die Wohnungsnot in West-Berlin und in der ganzen BRD verantwortlich, sondern die Spekulanten, Hausbesitzer, die Wohnraum leerstehen lassen und die aus de Grundbedürfnis nach Wohnraum ihre Profite schlagen. Ein Hausbesitzer wäre vergleichbar mit einem Luftbesitzer, der die Luft zum Atmen vermietet. Daß klare Luft und warme Wohnmöglichkeiten selbstverständliche Grundbedürfnisse sind, mit denen niemand ein Geschäft machen darf, ist doch einleuchtend!
Deswegen:
Wohnungslose und MieterInnen aller Länder vereinigt euch!
Kommt zur KIEZ-DEMO am 16.12.!
Unterstützen wir die Besetzung von leerstehenden Wohmraum, Fabriketagen und Gebäuden. Wir brauchen selbstbestimmte Stadtteilzentren, Informationsläden und überhaupt Möglichkeiten zu leben und zu wohnen ohne kontrolliert zu werden, sei e nun von Bullen oder vom Sozialamt. Öffentliche Orte, wie z.B. ein Kommunikationszentrum bzw. Stadtteilzentrum verbessern unsere Möglichkeiten uns gemeinsam zu orga nisieren gegen Obdachlosigkeit, explodiere de Mieten, den schleichenden Einzug der Yuppiekultur und Umstrukturierung.




Solidarität mit allen kämpfenden Gefanger
- Zusammenlegung jetzt !

Wir sehen uns hoffentlich auf einer lebe digen Demo!

**14 Uhr, Schlesisches Tor**

Sa. 16.12. Kiez-Demo 14.00 U-Bahn

keine 18 monate ist es her, seit die mietpreisbindung aufgehoben wurde. das wahlversprechen vom spd/al senat, die mietpreisbindung wieder einzuführen war wie zu erwarten nichts als eine dreckige wahlkrampflüge. nachdem die spekulanten und hausbesitzer dadurch die mieten um bis zu 50% erhöht haben und somit erstmal zufriedengestellt sind (für viele bedeutete dies aber den verlust ihrer wohnung) besitzt dieser senat jetzt die frechheit von einer sogenannten "mietbegrenzung" zu reden.

hält uns dieses s e n a t s p a c k denn für blöd ???

nicht anders verhält es sich mit den senatseigenen wohnungsbaugesellschaften, gsg, bewoge, gewobag und wie sie alle heißen, die sich nach wie vor weigern, wohnungen an arbeitslose, sozialhilfeempängerInnen, haftentlassene und kranke zu vermieten. so meinte auch jüngst die kreuzberger sozialstadträtin junge-meyer(spd):" wer jetzt obdachlos ist wird es lange bleiben." ihren menschenverachtenden zynismus, den wohnungslosen bunkerplätze und container an stelle der tausenden von leerstehenden wohnungen zur verfügung zu stellen; verkaufen sie in der öffentlichkeit noch als soziale politik.
anstatt die kapitalisten zu zwingen, ausreichend ausbildungs-und arbeitsplätze nach den vorstellungen der arbeitslosen zu schaffen, werden arbeitslose gezwungen, zwangsarbeit (gartenbauamt,...) als auch völlig unterbezahlte entfremdete arbeiten anzunehmen. an dem grundlegenden ausbeutungsverhältnis von frauen durch männer hat sich nichts geändert. auch nicht an der tatsache, daß frauen für dieselbe arbeit weniger geld bekommen als männer. daran werden auch die hochbezahlten alibifrauen im senat nichts verändern.

der 1.mai, den wir uns hier als internationalen kampftag gegen ausbeutung und unterdrückung zurückerobert haben,hat erneut gezeigt, daß w i r viel erreichen können, wenn wir viele sind die zusammenhalten und kämpfen und wir auch eigenständig in der lage sind ihre faschistische rep-polizei in die schranken zu weisen. das hat aber nicht nur den kapitalisten, sondern auch vor allem ihren alternativen bütteln und karrieristen, die jetzt an der teilnahme der macht profitieren angst eingejagt. doch es reicht nicht aus, am 1. mai zurückzuschlagen und dann wieder abzuwarten. mit der k i e z d e m o ;auf der ihr alle hoffentlich wieder zahlreich mitlaufen werdet, geht es uns darum zu zeigen, daß wir trotz der anhaltenden hetze dieser schreibtischtäter gegen die autonome revolutionäre bewegung viele sind die die schnauze voll haben und deswegen auf die straße gehen.
wir finden es notwendig, uns jetzt läden und stadtteilzentren zu erkämpfen, die frei und unabhängig sind von staatlich bezahlten sozialarbeiterInnen. dort haben wir bessere möglichkeiten, mit der anliegenden bevölkerung gemeinsam zu handeln, uns gegenseitig bei alltäglichen problemen zu helfen, sowie gemeinsam widerstand zu leisten.
wir dürfen es nicht zulassen, daß die durchmischung des stadtteils mit alternativen eigenheimbesitzern und yuppies, der damit einhergehenden etablierung von (mode) drogen und mafiastukturen weiter um sich greift. so wie wir sexshops und spielhöllen bekämpfen, die sich hier breitgemacht haben, müssen wir auch zukünftig verstärkt gegen diese entwicklung vorgehen.wenn juppies für 25 dm oder mehr essen gehen wollen, dann sollen sie zum kudamm-und nicht hier die preise in die höhe treiben.

wenn leute selber die initiative in die hand nehmen(z.b. sind leute gegen dealer am kotti vorgegangen)sind in der regel sofort die bullen zur stelle um diese kiezinitiativen zu verhindern und zu kriminalisieren

die präsenz der polizei und kobs sollten wir alle bekämpfen. denunzianten und (noch)bewohnerInnen, die sich wie bullen verhalten, müssen wir auch wie schweine behandeln.das dies trotz ihrer funktionen möglich ist, zeigen die beispiele von eichstädt(ex-stattbau),fuderholz (ex-stern) und nowakowski (taz), die hier aus dem kiez flogen ,weil sie es nicht sein lassen konnten, nach stärkerer polizei zu schreien.
vom senat bekamen sie für ihre drecksarbeit , die sie hier leisteten,

hochdotierte posten,(baustadträtin,staatssekretär und...)
lasst uns für die durchsetzung unserer interessen zusammenhalten!
wenn du dich nicht länger verarschen lassen willst, so organisier dich als ersten schritt mit deinen freunden und freundinnen und komm zur kiezdemo !!!

UNTERSTÜTZT DEN KITA-STREIK UND DEREN FORDERUNGEN!

SPRENGEN WIR ALLE HERRen HÄUSER!

GEGEN MÄNNERHERRSCHAFT , KAPITAL UND BONZENPEST!

FÜR DEN KOMMUNISMUS IN OST UND WEST !

demoroute: falkenstein,wrangel,sorauer, görltzerstr,lausitzerpl., eisenbahn,muskauer,manteuffel,naunyn,adalbert,walde,o-platz,o-str, adalbertstr,kotti-abschlußkundgebung

# WEITERE HETZE GEGEN ANTIFAS

Am 1.12.89 erschien in der "Welt" ein Artikel (s.o.), der das Weddinger Antifa-Café indirekt mit der Aktion gegen Herrhausen in Verbindung brachte. Ein Herr Werner Kahl aus Bonn (!) schreibt darin, unter Berufung auf vertrauliche Informationen aus BKA und VS, daß "Aktionsgruppen" für eine revolutionäre Front werben. In diesem Zusammenhang wird aus einem Papier zitiert, das laut Kahl von einem Antifa-Café am Berliner Wedding stammen solle. Wir haben herausgefunden, daß jenes Zitat aus einem Papier aus dem Widerstand im Rhein-Maingebiet stammt, abgedruckt in der Interim 68 vom 31.8.89. Im Anschluß an den Artikel waren je eine Anzeige zum Frauentag in einem Infoladen, sowie von unserem Antifa-Café abgedruckt.

Warum interessiert uns das ?

1. Wir gehen davon aus, daß die Infos des Herrn Kahl durchaus von VS und BKA stammen können. Es ist bekannt, daß gerade die "Welt" über entsprechende Kontakte verfügt, Kahl ist ebenfalls dafür bekannt, außerdem dürfte das Interim-archiv der "Welt" nicht unbedingt in Bonn stehen.

2. Wir gehen davon aus, daß VS und BKA nicht so blöde sind, daß sie nicht erkennen können, von wem das Papier wirklich ist, besonders da solche Texte auch gerade unter diesem Gesichtspunkt "analysiert" werden.

Hieraus folgt für uns, daß es sich hier um ein geplantes Konstrukt von VS/BKA und "Welt" gegen uns handelt. Konkret: AntifaschistInnen gleich Widerstand und Widerstand gleich "X-te Ebene" der RAF. Wir nehmen das so ernst, weil "Welt"-Artikel schon öfters zur publizistischen Vorbereitung für Festnahmen, Anklagen und Verurteilungen dienten (z.B. Düsseldorf/Kiefernstr., Hamburg/Hafenstr.).

Wir wissen nicht, ob sich jetzt der Artikel gegen Antifa-Zusammenhänge allgemein oder speziell gegen uns richtet. In einer Situation, in der AntifaschistInnen verstärkt Repression ausgesetzt sind, auch durch den §129a, haben wir es deshalb für notwendig gehalten, zu reagieren. Wir wollen keine Paranoia verbreiten ! Aber wir denken, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, an dem sich alle Menschen in Antifa-Zusammenhängen dem Thema Repression stellen müssen. Jede Antifa -und nicht nur die- ist von Knast, Observation, Bullenterror, etc. bedroht. Wir wollen nicht den Kopf einziehen, sondern lernen mit der objektiven Bedrohung, mit unserer Angst und mit der konkreten Konfrontation, mit dem Apparat umzugehen, ihm was entgegenzusetzen.
Das muß jetzt zusammen diskutiert werden !

P.S.: Verdammt nochmal, hört endlich auf mit dem Szenetratsch.

## Erste Signale aus der Zelle

WERNER KAHL, Bonn

Wenige Tage vor dem Bombenanschlag auf Alfred Herrhausen stimmten in einer vertraulichen Lagesitzung leitende Beamte des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz in der Einschätzung der scheinbar ruhigen Terrorszene überein: Abgefangene Kassiber, unter Ladentischen gehandelte Anleitungen für Sprengstoffanschläge und Meldungen von V-Leuten waren für die Sicherheitsbeamten untrügliche Anzeichen, daß nach knapp zweijähriger Unterbrechung wieder Anschläge diskutiert und Ziele anvisiert wurden. Das vollzog sich jedoch in der Dunkelzone konspirativer Abschottung: Über den Schauplatz einer neuen Mordaktion gab es keine Anhaltspunkte. Wer daran beteiligt sein könnte, konnten die Fahnder ebenfalls nicht in Erfahrung bringen.

Von der Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion" (RAF) gab es seit dem gescheiterten Anschlag gegen den Bonner Finanzstaatssekretär Hans Tietmeyer im Herbst 1987 keine Spur. Damals wurden Kontakte der RAF zur italienischen „Roten Brigade" festgestellt. Ein Italiener, der als Kurier zwischen der RAF und den „Roten Brigaden" reiste, wurde im August in der Schweiz gefaßt, aber nach 48 Stunden wieder freigelassen.

Erstes Signal, daß wieder über offensive Aktionen nachgedacht wurde, war Anfang November ein Schreiben des früheren RAF-Aktivisten Helmut Pohl, der eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßt. Pohl hatte bereits beim gescheiterten Hungerstreik im Frühjahr, dem zehnten von RAF-Mitgliedern seit Anfang der siebziger Jahre, eine führende Rolle gespielt.

Inhaftierte RAF-Mitglieder wollen dem Pohl-Brief zufolge einen neuen Versuch machen, ihre Zusammenlegung als ersten Schritt zu erreichen: „Und mit ihr als Übergang die Perspektive für unsere Freiheit erkämpfen, das werden wir mit allen Mitteln tun", hieß es in dem in der Informationsschrift von Angehörigen terroristischer Häftlinge am 10. November verbreiteten Zellen-Brief. Die Erklärung schloß mit der vagen Bemerkung darüber, wie „Veränderungen" erreicht werden könnten: „Wir kommen da vor allem auf eines – daß Veränderungen nur erreicht werden, wenn man den Mechanismus, nach dem das ganze System funktioniert, trifft. Die Kosten müssen höher getrieben werden als der Profit, den sie sich versprechen. Helmut Pohl". Die WELT berichtete am 16. November über die Gefahr neuer Anschläge. Daraufhin hieß es in dem „Info" der Angehörigen inhaftierter Terroristen, es handele sich bei dem WELT-Bericht um eine „Täuschung".

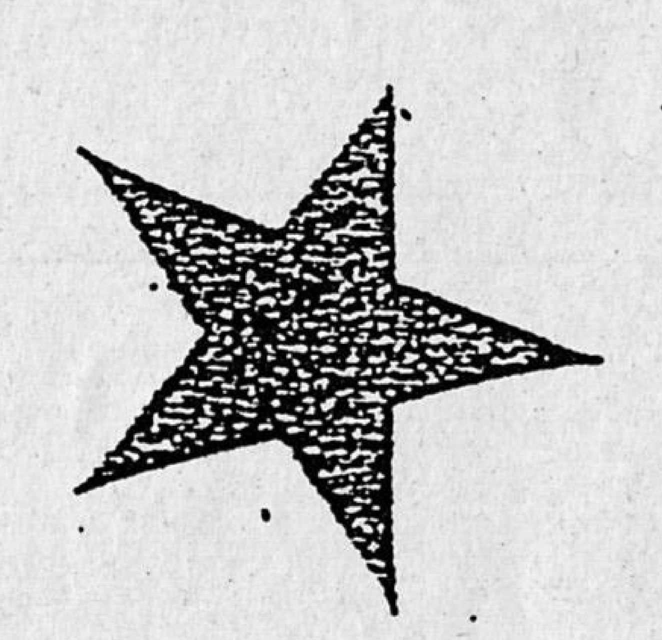
Ins Fadenkreuz neuer Anschlagsstrategie wurden seit dem Sommer neben Banken andere internationale Unternehmen, darunter Shell, gerückt. Aktionsgruppen werben für eine „revolutionäre Front". „Gerade die Offensive 86 (damals wurde Siemens-Forscher Prof. Beckurts durch Fernzündung einer Bombe getötet – d. Red.), aber auch die Kampagne der ‚Roten Zora'" hätten gezeigt, daß eine Verbindung zwischen „legaler politischer Arbeit und militärischen Angriffen entwickelt" werden müsse, hieß es in einer Schrift eines „Antifa-Cafés" am Berliner Wedding.

# Volxsport

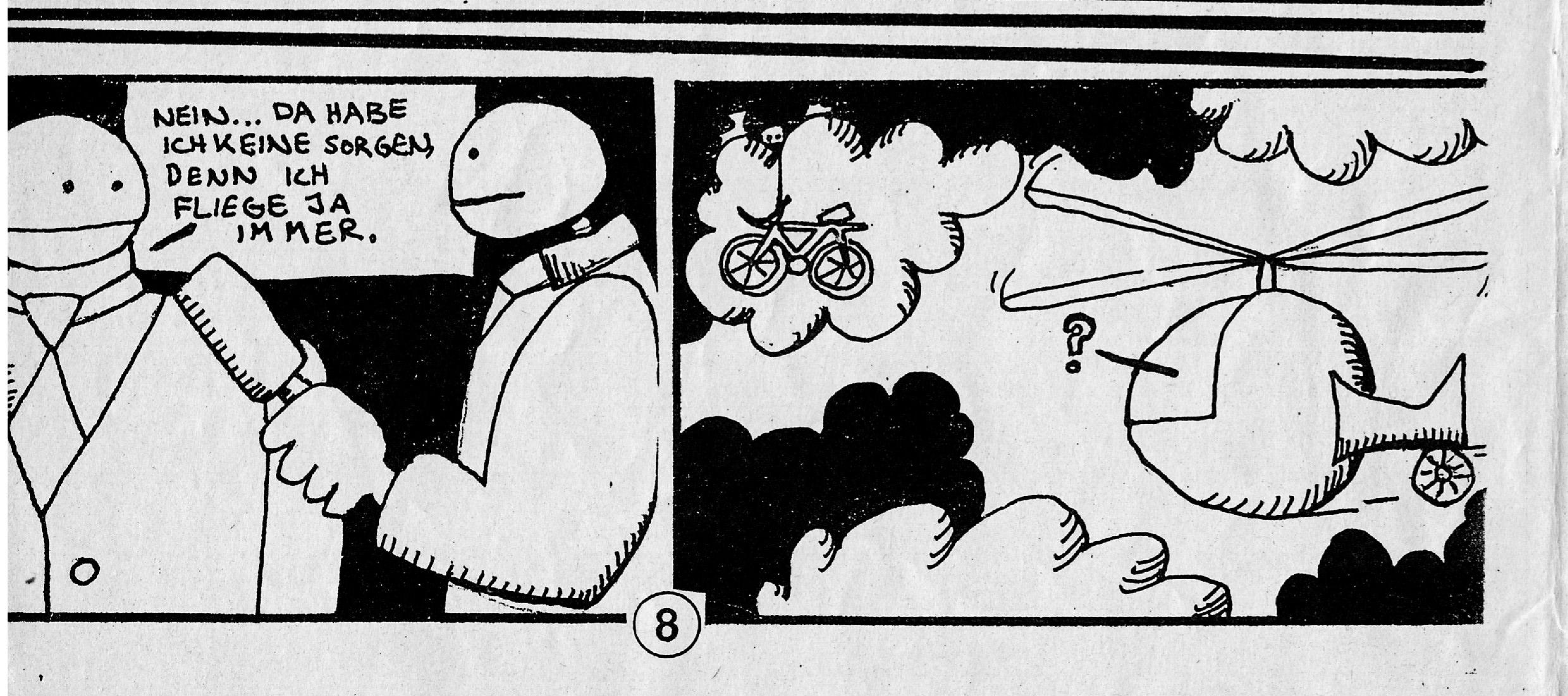
Wir haben am ersten Dezember Wochenende einen Teil der universitären Infrastruktur am Otto-Suhr-Institut lahmgelegt in dem wir den Computerarbeitsraum in seine Bestandteile zerlegten.
Durch das große Geschrei von Unileitung und Profs von Taz bis BZ ist deutlich geworden das wir die HERRschenden an einer für SIE wichtigen Stelle getroffen haben. Denn für SIE geht es an den Hochschulen um Heranzüchtung neuer staatskonformer Führungseliten in denen die Computerisierung weiter zur Individualisierung und Entsolidarisierung der StudentInnen untereinander beiträgt.
Wir sind uns bewußt das durch diese isolierte (wie lange noch?) Aktion nicht die Digitalisierung an den Hochschulen aufgehalten werden kann. Uns ging es darum die noch HERRschenden Strukturen im Wissenschaftsbetrieb anzugreifen. Wir haben hiermit unserer Wut über die anhaltende Repression und Kriminalisierung der radikalen Linken nach dem Streiksemester 88/89 Ausdruck verliehen.

DER KAMPF AN DER UNI , DER KAMPF IN DER FABRIK
IST UNSERE ANTWORT AUF IHRE POLITIK!

GEMEINSAM DEN WIDERSTAND ORGANISIEREN!



AKTIONSGRUPPE KAPPUTTNIXX



# DAS WORT ZUM SAMSTAG - Eine Einschätzung

In der Nacht vom 1. auf den 2. Dez. 1989 wurde der Computerraum des OSI's zerstört.
In der Nacht vom 1. auf den 2. Dez. 1989 wurde an der Fassade des OSI's der Spruch:" Der König ist tot. Danke RAF. Nicht's ist unangreifbar." angebracht.

Der Tagesspiegel vom 5.12.89 titelte "Zerstörungen im Suhr-Institut durch RAF Sympathisanten". Die TAZ bezeichnete beide Vorfälle als "Anschlag";ebenso sprach die Abendschau von einem Anschlag von RAF Sympathisanten". Unbekannte stellten zerstörte Computeranlagen in das Foyer des OSI,arrangierten kamerawirksam einige Plakate dahinter,die zur Besetzung des OSI aufriefen,sowie eine Flugschrift,in der eine Rechtfertigung gefordert wird.Rechte Profs hetzen in ihren Seminaren wieder gegen Linke und spielen Studis gegeneinander aus.

Es geht nicht um Computer,sondern um Leute mit einer gewissen Einstellung....

Wer als radikal Linke/r den Mund aufmacht,riskiert als Sympathisant/in (oder gar Beteiligte/r?) eines "Anschlages" kriminalisiert bzw. verdächtigt zu werden.Die Folgen solcher Verdächtigungen erfuhr vor kurzem ein/e ehemalige/r Studi der FU Berlin in Westdeutschland,dem/der deswegen fast die Immatrikulation verwehrt wurde.Wo die Konstruktion einer terroristischen Vereinigung nach §129a nicht mehr weit ist,und die Erfahrung gemacht wurde,daß"graue Akten" über Studis existieren bezüglich nicht staatskonformer Äusserungen bzw. Aktivitäten,verkommt Meinungsfreiheit zur Freiheit eines veröffentlichten staatlichen Meinungsmonopol.So wird auch das Rechtfertigungsgeblubber zur hohlen Phrase bzw. zur demagogischen Waffe.

Ganz anders kommen uns Dekan Büttner und Prodekan Zeuner.Sie verurteilen den "Anschlag auf (..) die Grundlagen der Zusammenarbeit" mit allen Fraktionen (auch der Radikalen) und gedenken, den "Kurs der Reformen und des Vertrauens in die Selbstverantwortung der Studenten" fortzusetzen.

Es gab und gibt keine Zusammenarbeit,kein Vertrauen und keine Reformen mit radikalen Linken. Die Räumung des ISI's und die Rücknahme der Beschlüsse zu den Autonomen Seminaren,sowie die Stellungnahmen des ISI's,zeigen das mehr als deutlich.

Mit dieser verbalradikalen Umarmung verschleiern SIE Beteiligung und Interesse an der Repression; nicht nur dies::mit "Vorzeige-Linken" legitimieren SIE sogar ihre Suche nach den sogenannten "Gewalttätern" und "politischen Barbaren"...,bleiben überparteilich,liberal und gewaltfrei im Rahmen des Strafgesetzbuches. Die Radikale Linke am OSI soll eingeschüchtert, kriminalisiert, zurückgedrängt werden und ihrer Verfolgung obendrein öffentlich zustimmen.Vielleicht soll damit ein Präzidenzfall geschaffen werden.......

Die Hochschulen sind zumindest in Kreisen der Rechten ein wichtiges Feld der Aufstandsbekämpfung in West-Europa.Ein CDU Rechtsanwalt ortete im Volksblatt am 1.12.89 in den westeuropäischen Hochschulen und speziell der FU Berlin den Ort,an dem der Kommunismus in Europa (incl.osteuropäischer Staaten) noch marschiert,den Nährboden der RAF und alles andere,was einemRechten an bolschewistischen Schreckgespenstern alles einfällt.Landowsky äußerte in einem Fernsehinterview am 30.11.89,daß Attentat der RAF hätte das politische Klima so verschlechtert,daß sich ein Spitzel nicht mehr in den Mehringhof oder in die Uni trauen könnte ohne um sein Leben zu fürchten.Es gibt noch andere Indizien,die eine härtere Gangart der Schweine gegen den Uniwiderstand nahelegt.Der besetzten Brümmerstr.52 wurde mitgeteilt,die Verhandlungen wären abgebrochen,

die Kompetenz läge nun beim Berliner Senat und sie hätten mit Räumung zu rechnen.Die Schweinemensa bekommt über einen vorgeschobenen Pachtvertrag Druck vom Präsidialamt,was ebenfalls auf Räumung über kurz oder lang hinauslaufen wird. Während der Fete am OSI gab es eine augenfällig auffällige,starke Bullenobservation, die seit dem auf dem Campus anhält.

Um es noch einmal klar zu machen : hier geht es nicht nur um die Aufklärung der Zerstörung des PC-Raumes, sondern vielmehr um die breitangelegte Verfolgung,Isolierung und Kriminalisierung von nicht staatskonformen Menschen und Zusammenhängen,um die Zurückdrängung von Widerstand gegen Staat und System, nicht nur an den Hochschulen,sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Repression an der Uni ist also nur ein kleiner Ausschnitt des Machtapparates und seiner Möglichkeiten in "unserem freiheitlich demokratischen Staat".

In eine Zeit des Wiedervereinigungsgeschreies, in der ein Präsident Bush öffentlich über die Einbindung von Gesamtdeutschland in EG und NATO nachdenkt,passt die verstärkte Repression an linker,radikaler Opposition. Es gibt Geschichtsbücher, da kann man/frau was nachlesen.... Wie werden weiter das Maul aufmachen.......(und nicht nur das!!).........

KAMPF DEM PATRIARCHAT , IMPERIALISMUS UND KAPITALISMUS

FÜR DIE BEFREITE GESELLSCHAFT

SOLIDARITÄT MIT DEM KÄMPFENDEN VOLK IN EL SALVADOR

HAFEN BLEIBT

AUTONOME

BETRIEBSKAMPFGRUPPE 21

s ist uns eigentlich zuwider auf diesem anonymen weg dazu etwas zu sagen,
ber die herren und damen des volkssports lassen uns aus feigheit oder weiß
er henker was keine andere möglichkeit.
m es von anfang an klarzustellen:
ie volkssportlerInnen haben sich mit ihrer version in der interim mehr als
indeutig disqualifiziert,und außerdem haben sie sich politisch selber in
ie ecke der lächerlichkeit gestellt.
) sie geben in ihrer erklärung nicht einmal ein viertel der tatsachen
wider.
) sie liefern dem drecksblatt taz das beste material,politischen widerstand
gegen staatlich verordnete sozialhygiene wieder einmal mehr in den dreck
ziehen.dies schadet letztendlich uns allen!

wir nehmen uns deshalb die frechheit heraus,in der interim eine unmißverständliche erklärung dazu abzugeben.
sinn und zweck derselben ist es nicht,eine nerventötende debatte "gewalt im kiez"anzuzetteln;wir sind keine sozialarbeiterärsche!
wir sind aber auch nicht diejenigen,die kuschen;da haben sich die volkssportleute ganz gewaltig getäuscht!
uns geht es darum,den volkssportlernInnen ein für alle mal klarzumachen,daß sie auf einer rasierklinge tanzen,wenn sie gedenken auf diesem niveau linksradikale politik zu machen.
nichts gegen den volkssport,jedoch muß inzwischen allen klar sein,daß auch der volkssport seine ungeschriebenen regeln und gesetzmäßigkeiten kennt.
und wer damit scheiße baut ist aus dem spiel draußen,d.h. disqualifiziert!
dazu gehört z.b.,daß vor spielbeginn festgelegt wird,wer und vorallem warum ein objekt oder eine person der gegner ist,daß man sich darüber im klaren wird,welche einzusetzende mittel gerechtfertigt sind,und vorallen Dingen hat man dafür zu sorgen,daß alle zuschauer das spielergebnis als eindeutig erkennen und bedenkenlos beifall und zugabe klatschen können!!!!!!!!!!!!!
alles andere ist schwachsinniges rumgeholze und verdirbt die gute laune der fans!
mal abgesehen davon:auch wir können rumholzen,und außerdem haben wir die größere rumholzerkondition.
um es überhaupt nicht erst zur rumholzerei kommen zu lassen,wobei ohnehin von vornherein feststeht,wie eine solche partie enden würde,fordern wir die volkssportlerInnen dazu auf,sich öffentlich in der nächsten ausgabe der interim bei den leuten aus der"cafe-bar"zu entschuldigen!
sich bei einem offensichtlichen foul zu entschuldigen ist ja wohl die leichteste aller volkssportübungen,oder sollte sie zumindest sein.
die gründe dafür:
wir erklären uns mit eurer stellungsnahme ab zeile8 einverstanden.
doch die rechfertigung zur aktion ist ein armutszeugnis ohnegleichen!
die volkssportlerInnen bezeichnen ohne die geringste differenzierung alle leute,die in der "cafe-bar"sind, als yuppie-schweine.darüber hinaus wird diesen leuten sogar einen linken anspruch angedichtet,der offensichtlich heuchlerisch ist.dies soll wohl dazu dienen,der erklärung ein bißchen substanz zu verleihen.solche methoden ziehen nicht.sie zeigen vielmehr,wie sich die volkssportlerInnen schier einen abgebrochen haben,um ihrer aktion wenigstens eine anstandslegitmation zu geben.
wer seid ihr eigentlich,daß ihr euch anmaßt, solche pauschalurteile wie yuppieschweine und spießer als legitim zu verkaufen?
wem wollt ihr eigentlich weismachen,daß eure aktion moralisch und politisch gerechfertigt war?
muß denn jeder als abgerissenes,verdrecktes wrack rumlaufen,um nicht gleich als yuppieschwein oder spießer mit linkem anspruch verdächtigt zu werden?
Ihr macht es euch zu einfach!

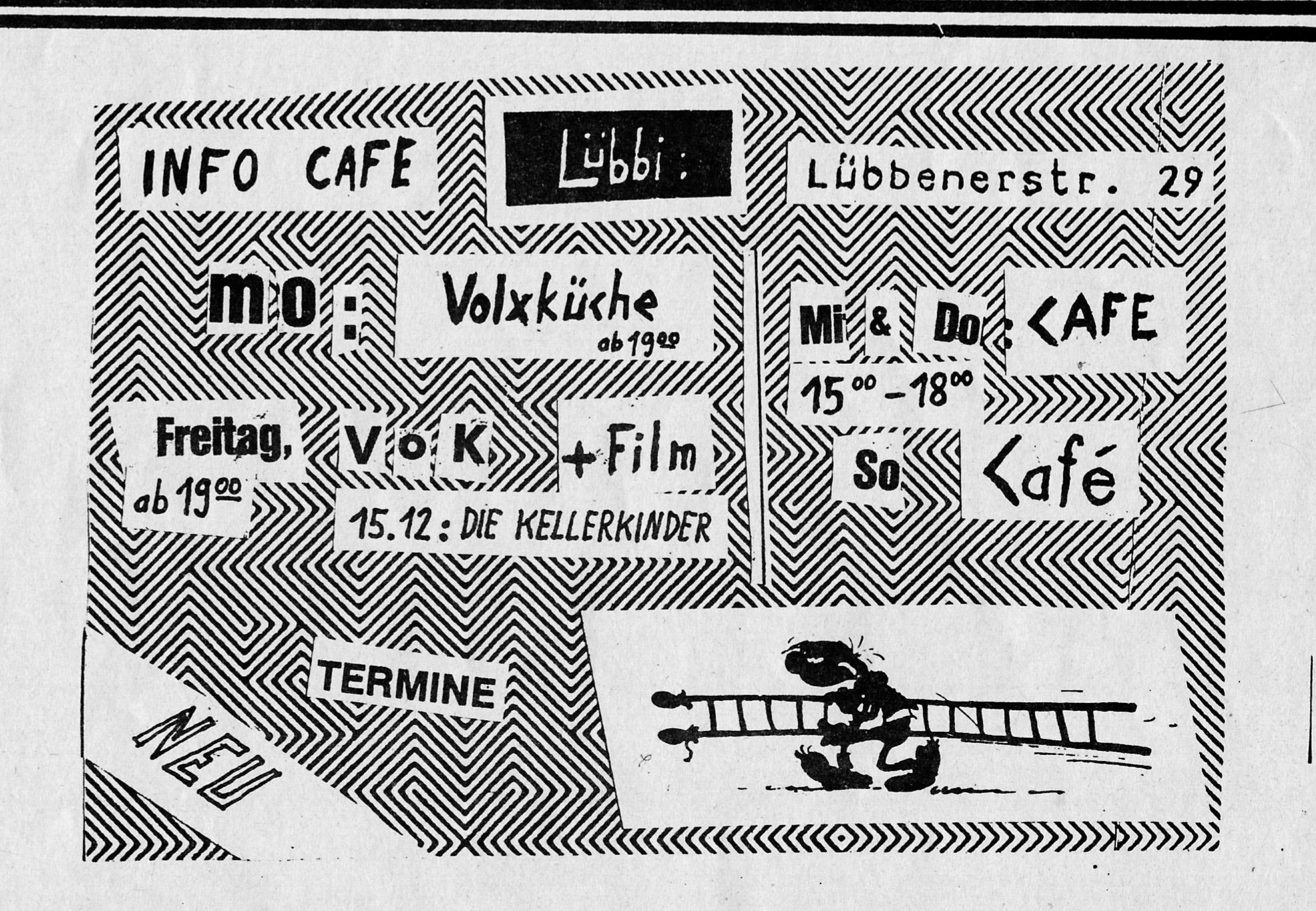
wir rufen schließlich auch nicht zum boykott der"schwemme",bloß weil sich dort vor einiger zeit noch ein bullenspitzel namens eberhard benzner rumgetrieben hat.

was die leute,die die"cafe-bar"betreiben betrifft:sie verdienen sich hinterm tresen ihre brötchen und sonst gar nichts.
die"cafe-bar"ist eine kneipe,wie zig andere auch;die preise bewegen sich auf dem normalen level,in dem laden hängen keine nazischweine oder andere mieses grobzeug rum,über die atmosphäre drinnen kann man sich streiten, was hier aber nicht zur disposition steht.
ganz zu schweigen von der frau,die genau zu dem zeitpunkt,als der stein geflogen kam,hinterm tresen an der großen frontscheibe stand,um einen milchkaffee zu machen!
daß sie durch den stein und die zersprungene scheibe nicht erheblich ernsthafter verletzt wurde,ist auf jeden fall nicht euer verdienst!
war das nun absicht,oder wie,oder was?
es hätte ja sowieso nur eine yuppie-sau erwischt,wa?!
alleine dafür hättet ihr schon was auf die griffel kriegen müssen!!!
wo im letzten jahr noch eine türkische kneipe war.........
dieser spruch ist der absolute hammer schlechthin.
entweder ihr verschweigt es beflissentlich,oder ihr habt davon tatsächlich nicht den leisesten schimmer,aber damit habt ihr nun endgültig bewiesen, was für dilettanten ihr seid!
diese türkische kneipe,die damals"koks-eck"hieß,war nichts geringeres als ein dreckiger puff,in dem unter anderem auch mit heroin und waffen gedealt wurde.dieser sachverhalt wird auch von der taz unter den tisch gekehrt!
jede weitere bemerkung dazu können wir uns wohl sparen.
ihr aber suggeriert mit eurer bestechenden stellungsnahme,daß die ach so netten grauen wölfe den umstrukturierungsmaßnahmen zum vorteil von yuppieschweinen zum opfer gefallen sind.
das glaubt ihr doch selber nicht,also wem wollt ihr eigentlich euren müll andrehen,nur um einigermaßen unkritisiert eure tobsucht abzureagieren?
es gibt in so36 mehr als genug ziele,die es sich anzugreifen lohnt.
ihr habt eindeutig die falschen leute getroffen und wir hoffen doch sehr, daß ihr langsam erkennt,daß ihr euch ein klassisches,wunderschönes eigentor eingeschenkt habt!
wie schon erwähnt:nichts gegen den proletarischen volkssport,aber alles gegen dilettantische trittbrettfahrer,unbelehrbare aktionisten und andere elitäre besserwisser,die mit solch schwachsinnigen aktionen den militanten widerstand in mißkredit bringen!

IN DIESEM SINNE:WIR RECHNEN MIT EURER LERNFÄHIGKEIT UND EINSICHT!

DEUTSCHLAND VERRECKE

---



# RÜCKBLICKE UND AUSBLICKE ZUM FRAUENAKTIONSTAG GEGEN SEXTOURISMUS UND FRAUENHANDEL AM 25.11.89

Der Frauenaktionstag ist vorbei. Es haben viele Frauen tatkräftig und einfallsreich diesen Tag mitgestaltet. Dabei kam es aber auch zu massiven Übergriffen von Wachschützern und Bullen. Sieben Frauen wurden verhaftet. Nicht zuletzt auch aus diesem Grunde ist es für uns wichtig, rückblickend die Erfahrungen mit dem Stadtspiel auszuwerten und Konsequenzen für zukünftige Aktionen zu ziehen.

Zuerst nun einmal einige Ausgangsüberlegungen zu den positiven Aspekten, die ein Stadtspiel als politische Aktionsform hat oder haben kann: Im Stadtspiel liegt u. E. die Möglichkeit, mit Phantasie, Spaß, Wut, Witz unseren Widerstand zum Ausdruck zu bringen. Das Frauenstadtspiel sollte die Infrastruktur zu Frauenhandel und Sextourismus umfassend thematisieren und die breite Palette der Angriffsmöglichkeiten öffentlich machen. Der Störcharakter ist dabei ein zentrales Moment dieses Spiels. Die Aktionen können direkt bei den Adressaten stattfinden. Das Positive des Spiels liegt nicht zuletzt in der Dezentralität. Viele einzelne Frauengruppen können flexibler und spontaner mit Situationen umgehen / auf sie reagieren, als dies während einer Demonstration möglich ist.

Unser Hintergrund war und ist die Suche nach neuen Ausdrucksformen unseres politischen Widerstandes. Für uns ist die politische Schlagkraft, die eine kleine Demo haben kann, zunehmend fragwürdig. Zumeist ist es die Konfrontation mit den Bullen, die übrig bleibt. Unser eigentliches politisches Anliegen wird oft nicht mehr oder nur bedingt sichtbar.

Nun zu den Kritikpunkten. Für mehrere Frauen und -gruppen war die gleiche Spielroute konzipiert, d. h. daß der Chrarakter der Aktionen die anderen Frauen nicht gefährden sollte. Dieses Konzept beinhaltete natürlich ein großes Maß an Eigenverantwortlichkeit jeder einzelnen Frau und -gruppe, Situationen vor Ort einzuschätzen. Unsicherheitsfaktoren, Angriffe und Provokationen von Bullen und umstehenden Männern, sind jedoch nie komplett auszuschließen.

Kritisiert werden muß die mangelnde Transparenz dieses Konzeptes. Unsere konzeptionellen und inhaltlichen Überlegungen

wurden auf der Veranstaltung wie auch auf der Vollversammlung zu wenig deutlich. Zum einen weil wir mit den Spielorten hinterm Berg halten wollten, zum anderen aber auch nur wenige Nachfragen von den anwesenden Frauen kamen. Die Diskussionsbereitschaft war nicht allzu groß, Konsumverhalten und Delegierung der Verantwortung für Aktionen an die Organisationsfrauen bestimmen oftmals die VV's.

Fehler in den Kommunikationsstrukturen der Vorbereitungsgruppe hatten zur Folge, daß Adressen auf dem Spielplan erschienen, die für Spielende unsicher und gefährlich waren. Diese Gefährdung hätte unbedingt verhindert werden müssen, da der Ort äußerst ungünstig war.

Zum anderen hätten Melderinnen auf den Routen die Informationsvermittlung zum zentralen Ort auf dem Joachimsthaler Platz übernehmen sollen/müssen, um ein Stimmungsbild von den jeweiligen Aktionsorten zu vermitteln. Auch am Informationsstand auf dem Joachimsthaler Platz hätten zur besseren Koordination erkennbare Ansprechpartnerinnen für Spielende sein müssen. So hätte auch eine bessere Vermittlung der laufenden Ereignisse sichergestellt werden können.

Das Thema Repression wurde von uns nicht angesprochen. Dies hatte bei vielen spielenden Frauen den Effekt, daß das Stadtspiel als "harmlos" weil öffentlich eingeschätzt wurde. Die grundsätzliche Brisanz, die in Frauenaktionen liegt, wurde unterschätzt. Sexistische Übergriffe, Gewalt von Bullen oder Verhalten bei Festnahmen wurden nicht besprochen, obwohl die Erfahrungen wie beim IWF oder die U-Bahnaktionen die Notwendigkeit deutlich gezeigt haben.

Wir finden das Konzept des Frauenstadtspiels trotz allem gut für Frauen, die Lust haben auf Spielen. Das heißt nicht, daß nicht auch andere Aktionen stattfinden können, die aber dann außerhalb dieses Rahmens organisiert werden.

Die Frauenkoordination des Aktionstages


BUNDESWEITES
Immer mehr ♀+♀♀ sehen für sich die Notwendigkeit fem. Antifa-politik zu machen.
Die Entwicklung eines feministischen Faschismußbegriff sowie die Diskusion über die Ansätze fem. Antifaarbeit steht in den Anfängen.
Deshalb wollen wir mit Frauen die aktiv fem. Antifapolitik machen
über Inhalte und Perspektiven diskutieren.Auf den zwei Vorbereitungstreffen,aufdenen ca.
50 Frauen aus verschiedenen Städten waren,haben wir uns auf folgendes Konzept geeinigt:
FEMINISTISCHES
Das Treffen soll unter den Schwerpunkten
a)Was bedeutet fem. Antifa?
b)Warum Antifa als Schwerpunkt von Frauenpolitik?
stehen.
In verschiedenen Arbeitsgruppen wollen wir uns Positionen dazu erarbeiten.Der Kongreß ist also keine Konsumveranstaltung. Es gibt
keine Ergebnisse ,die wir liefern können und fast keine Vorträge.
Für Kaffee und Tee ist gesorgt,aber bringt bitte eure eigenen Tassen/Becher mit.
Logo,es gibt Kinderbetreuung,aber meldet euch so schnell wie möglich,jedoch spätestens bis zum 24.12 1989 an.
Bitte kommt pünktlich und Infomaterial nicht vergessen!!!
ANTIFA-TREFFEN
Wo? Pädagogische Hochschule
Römerstr.164
5300 Bonn
Wann? Sa.20./So.21. Januar 1990
ab 10 Uhr
Am 10. Jan. 19.00 Uhr im blauen Salon (Mehringhof) wird es für alle berliner Kongreßteilnehmerinnen ein Koordinationstreffen geben.
ANMELDUNG ERFORDERLICH

## Z E I T A B L A U F

Freitag, 19.1. — ab 19 Uhr
Pennplatzvergabe
LILA Backstuben, Im Krausfeld 10, 5300 Bonn

Samstag, 20.1. — Pädagogische Hochschule, Römerstr.164, 5300 Bonn

10 -10.45 Uhr Pennplatzvergabe
11 - 12 Uhr Eröffnungsplenum
13 - 16 Uhr AG's
17 - ? Uhr Plenum unter den Themen a) und b)

Sonntag, 21.1. — 9 - 11.15 Uhr Weiterführung der Diskussionen von Samstag in AG's
11.30 - 12 Uhr Abschlußplenum
12 - 13 Uhr Treffen für interessierte Frauen an einer bundesweiten Koordination

BITTE KOPIERT DIE EINLADUNG UND GEBT SIE AN INTERESSIERTE FRAUEN WEITER !!!

## ARBEITSGRUPPEN

1) Was bedeutet feministische Antifa (Strategie, Arbeitsweise, Praxis) (Vorbereitung:Bonn)

2) Zusammenhänge zwischen Patriarchat und Faschismus (Vorbereitung: Osnabrück)

3) Warum Antifa als Schwerpunkt von Frauenpolitik? (Vorbereitung: Recklinghausen)

4) Feministischer Ansatz in der Faschismus - Diskussion (Vorbereitung: Hannover)

5) Archivarbeit der verschiedenen Antifas ( Vorbereitung: Bonner Archivgruppe)

6) Bevölkerungspolitische Aspekte in der Reproduktionstechnologie (Vorbereitung: Recklinghausen)

7) Rassismus in der alten radikalen Frauenbewegung (Vorbereitung: Köln)

8) Völkischer Feminismus in der alten Frauenbewegung am Bsp. Roggebörner (Vorbereitung: Bonn)

---

SCHNIPSEL

Anmeldung zum 1. bundesweiten Fantifatreffen

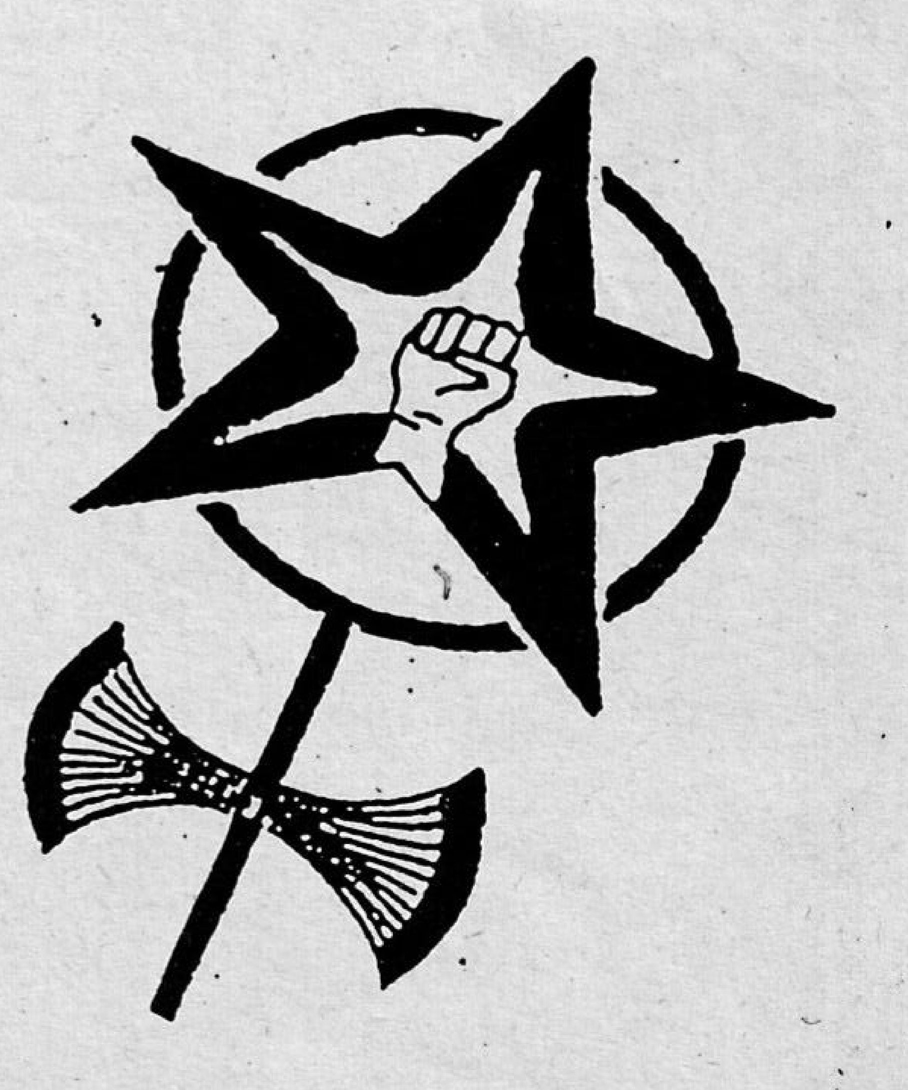
Einsendeschluß 24.12.1989

Wie viele Frauen kommen? ________
Kinder? JA NEIN
Wenn JA, wieviele? ________
Und deren Alter? ________

Wieviele Sclafplätze braucht ihr? ________

Adresse: fantifa
c/o Antifa Jugendinfo
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

frech & feministisch



# DISKUSSIONSBEITRAG FÜR EINEN AUTONOMEN KONGRESS (aus FFM)

Ich will versuchen, die Idee eines autonomen Kongreßes weiterzuentwickeln. Eines kann ein Kongreß nicht sein: die Lösung aller Probleme , und er wird auch nicht zwangsläufig alle an ihn gestellten Erwartungen erfüllen Kongreß kann getrost klein geschrieben werden. Was eine solche Veranstaltung nicht sein sollte, wäre die Schaffung eines Mythos: einer revolutionären Bewegung, selbstgewiß auf dem richtigen Weg, ein Anlaß des sich auf die Schulternklopfens oder der Durchsetzung einer Linie. Und auch nicht Außendarstellung einer imaginären Größe,"militärischer" Macht, oder der Mythos des schwarzen Blocks. Das ist nicht nötig. "Jede/r" weiß es, wer wir sind (und was nicht). Wir müssen nicht beweisen, daß wir (noch?) da sind. Dann wäre ein Kongreß von der Angst des eigenen Untergangs organisiert. Nicht daß es keine Bedrohungen gäbe: aber die Ängste lösen Reaktionen aus, die uns oft im kreis drehend erschöpfen,panisch machen: von einem Repressionsschlag zum nächsten eilend, dem Erfolg faschistischer Parteien nachschauend, in den inneren Machtkämpfen der autonomen Bewegung paralysiert. Ein kongreß könnte da Sammlungspunkt sein, einer von vielen, um diese Bedrohungen (vorläufig ) zu beantworten. Wenn es kein kongreß der Kommuniques sein soll, dann auch kein kongreß einer organisatorisch isolierten Avantgarde, sondern organisierte Öffentlichkeit. Auch wenn ein kongreß von autonomen Kernen und Kollektiven getragen würde, lebt er von der Auseinandersetzungsfähigkeit mit der Linksradikalen Geschichte, den Bedingungen des Kampfes in der BRD und den drängenden Fragen vieler Menschen: AKW-GegnerInnen, JobberInnen, Erwerbslose, Jugendliche, Ex-MlerInnen, Ex-Grüne,EmmigrantInnen und Studies; die Verbreiterung der Diskussion um Selbstverständnis und Politik der autonomen Bewegung muß ein Ziel des kongresses sein, daran mißt er sich. Viele werden sich wundern. Ich beschreibe mehr wie ein kongreß aussehen könnte und nicht ob und warum ein kongreß notwendig wäre. Dafür gibt es keine hundertprozentigen Begründungen. Aber vielleicht kann die Beschreibung einige Vorurteile gegen einen kongreß beseitigen. Andererseits gehe ich zumindest von einem Interesse, noch besser von einem gemeinsamen Verstehen aus. Mit Verstehen meine ich mit Kopf und Herz eine Nähe zu verspüren, die aus einer ähnlichen Sicht der Dinge entspringt. Aber eine solche Annnahme ist grundsätzlich falsch; wir gehen nicht von den gleichen Erfahrungen und ähnlichen Verarbeitungen der Erfahrungen aus. Sehr schnell taucht auch eine unnötige Polarisierung auf: daß ein solcher kongreß aufgesetzt wäre, von oben herangegangen wäre. Ungeachtet davon, daß ich davon ausgehe, daß die autonome Linke zur Entwicklung der Diskussion von unten in der Lage ist, kann ein kongreß Motor einer solchen Organisierung sein. Und über die Bedingungen dafür will ich diskutieren. Daß sich alles organisch von unten und lokal entwickle, nach einem Korsett historischer Etappen, transportiert ein naturwüchsiges Verständnis von Entwicklung revolutionärer Gegenmacht. Ein Kongreß kann die Möglichkeit sein, die Selbstartikulation und Selbstorganisierung der Menschen voranzutreiben. Allerdings kann ein Kongreß diese Funktion nur wahrnehmen, wenn die autonome Bewegung danach drängt. Motor einer Entwicklung sein, weil wir hungrig nach den Erfahrungen in anderen Regionen, aus der Geschichte der AutonomInnen sind. Die Verbreiterung der autonomen Bewegung lebte oft von einer Identifizierung mit militantem Zorn, Ungehorsam und dem oft punktuellen Erleben von Befreiung und Erkenntnis. Vieles an diesem "einfachen" Selbstverständnis und Identifizierung wurde in den letzten Jahren bundesweit aufgerissen und vertieft: die Militanzdebatte (radikal 86, unzertrennlich 87, Libertäre Tage 87, die 1.Mai-Diskussionen berlin, Revolutionäre Block-Diskussion Hamburg, Reaktionen autonomer Gruppen auf den 2.11.87, Autonome Zellen, RZ/Rote Zora), die Diskussion um Sexismus/männliche Ignoranz in der Szene (Vergewaltigungen, Diskussion im autonomen IWF-Plenum Berlin) und femministische Analyse (Patriachat und Kapitalismus in wildcat/unzertrennlich,die Situation farbiger Frauen im Trikont) und daran von Frauen Diskussionen um ihre autonome Organisierung;

die Internationalismusdebatte (Internationalismustage, IWF-Diskussion um bezug auf nationale Befreiungsbewegungen, riots, internationale Klassenkämpfe, in Materialien für einen neuen Antiimperialismus, wildcat) und die sozialrevolutionären Perspektiven hier (eigene Organisierung: Libertäre Tage, Hamburger Papier"Ich sag wies ist"; was heißt hier Klassenpraxis/kampf/Bündnispolitik, wildcat, unzertrennlich, Flüchtlingsthesen der RZ); Identität und Repression (Rhein-Main Infos, Anti-Beugehaft-

kampagne, Knastdiskussion); das Verhältnis zur radikalen Linken (Bündnispolitik, Verhältnis zu den Gefangenen der RAF, Antiimpiies); diese unvollständige Aufzählung erfogt erstmal ohne Wertung, ohne Analyse, wo die Diskussionen sich blockierten oder aufgehört haben, an welchen Stellen sie und warum nur theoretisch blieben und nicht praktisch wurden. Genau dies wäre den Versuch einer Diskussion wert. In der bloßen Aufzählung habe ich eigentlich unzulässige Trennungen durchgeführt:"natürlich" greifen die Diskussionen ineinander und beziehen sich aufeinander; daß das eine mit dem anderen nichts zu tun habe, z.B. Militanzdebatte und eigene Organisierung, ist unmöglich. Die Debatten sind in dem Sinn Schwerpunkte, in die die "anderen"Diskussionen, Analysen und Vorstellungen einfließen.
Ich will eine der Diskussionen, nicht die zentrale, aber keine unwichtige, skizzieren: AutonomInnen und der bewaffnete Kampf. Die autonome Linke entwickelten im Laufe ihrer Geschichte ein Verhältnis zur bewaffneten Politik der RAF und Revolutionären Zellen/Rote Zora. Die AutonomInnen erarbeiteten in der Kritik und Solidarität zu diesen beiden Richtungen des bewaffneten Kampfs eine eigene Position zumindest allgemeiner Bedingungen autonomer bewaffneter Politik.(z.B. radikal 114/115 1983,"Versuch eine autonome, antiimperialistische Politik neu zu bestimmen"Frankfurt 87). In der Konfrontation mit dem 2.11.87 und Folgen gab es bundesweit Stellungnahmen von autonomen Gruppen, die diese Auseinandersetzung mit dem historischen bewaffneten Kampf reflektierten. Danach stellte sich die Fragen anders: wollen die AutonomInnen, will eine autonome Guerilla in der BRD überleben, bedarf es einer klandestinen Organisierung (heimliche), die es bisher nur in Ansätzen gibt. Und diese Organisierung stellt sich lange vor einem offensiven bewaffneten Kampf, für illegale Informations-Kommunikations-Beschaffungs-Arbeits-strukturen "entweder die kämpfende illegale Struktur sind wir alle, oder aber es gibt es nicht!" Swing, brief von August 89). Diese klandestine Organisierung wäre die Voraussetzung, um die Möglichkeit oder Notwendigkeit des bewaffneten Kampfs nicht nur allgemein sondern konkret beantworten zu können. Bisher untersuchte die autonome Linke "von außen"(in Nähe) die Möglichkeit des bewaffneten Kampfs nach dem Stellenwert einzelner Aktionen, der revolutionären Moral und Solidarität, die sie verkörperten, den Beziehungen zu aktuellen Kämpfen, der gesellschaftlichen Situation und der Funktion der Guerilla darin und wie sie sich darin definierte. Die RZ stellten 1981 in einer harten Selbstkritik fest, daß ihre Aktionen und bewaffneten Kampagnen weit entfernt davon sind, Strategie zu sein. Die bewaffneten Kerne waren von diesem Problem ohne sozialrevolutionäre Massenorganisierung überfordert (Beispielfunktion,"Avantgarde"funktion der Guerilla), und grundsätzlich änderte sich das auch nicht nach der Vervielfachung des Konzepts der RZ durch die guerilla diffusa. Die bewaffnete Politik zeigte oft vielmehr die Möglichkeit einer Strategie an, als daß es sie war. Es war und ist deshalb richtig, daß sich autonome Politik darauf konzentrierte, öffentlich in Widerstandsbewegungen zu intervenieren, die sozialen Lebensverhältnisse zu verändern (Hausbesetzungen, JobberInnenorganisierung, Einklau), öffentliche Informations-und Kommunikationsstrukturen aufzubauen (Zentren, Plena, Zeitungen). Mit der Zunahme neofaschistischer Angriffe, der Verstärkung der Repression, des Aufbaus der AutonomInnen zu StaatsfeindInnen Nr.1 durch die Medien, offene Versuche reformistischer Organisationen, autonome Politik zu isolieren und uns zum Abschuß freizugeben, wuchs die Notwendigkeit der Organisierung auf allen Ebenen beträchtlich, und forderte von vielen autonomen Kernen mehr als sie konnten. Mehr angedeutet (oft mit Resignation) als diskutiert wird in diesem Zusammenhang die weitere Möglichkeit des Machtzuwachses der rechten Ausläufer der CDU (Republikaner) und die Folgen für uns; eine Entwicklung, die sich auch gegen die gesamte



radikale Linke richtet. Die fatale Tendenz, dann den bewaffneten Kampf als letztes Mittel des antifaschistischen Widerstands zu begreifen, unter der Voraussetzung der Zerschlagung aller sozialrevolutionären Massenansätze und Gegenmilieus, ist gefährlich - wenn die Möglichkeit einer massenhaften Repression im Kriegsstaat besteht, müssen sich die Menschen in diesen Gegenmilieus, Bündnissen vorher mit der Geschichte antifaschistischen Widerstands auseinandersetzen, und die AutonomInnen müssen die kämpfende illegale Struktur mit ihnen entwickeln. Ein bloßes Abtauchen im letzten Moment nimmt die Aussichtslosigkeit des bewaffneten Widerstands vorweg. Grundsätzlich besteht die Gefahr, dem falschen Pferd aufzusitzen: braune Banden, Bürgerwehren, die in Klassenauseinandersetzungen mit Unterstützung des Polizeiapparats militant gegen autonome Bewegungen vorgehen, sind real, aber gesellschaftliche "Faschisierung" ist dies nicht allein. Es gilt die Defensive nicht zu verinnerlichen oder vorwegzunehmen, und andere politische Kräfte (die grünmodernisierte Sozialdemokratie) zu unterschätzen. Schließlich war es in Italien die kommunistische Partei, die 1979 den großen Schlag gegen die Autonomia und die bewaffneten Gruppen mit unterstützt und koordiniert hat (über 4000 "politische"Gefangene, nicht gezählt die ins Exil gingen, und die ermordet wurden). Ihre schwarzen Listen, der von Parteimitgliedern der KP durchsetzte Justizapparat, die Gewerkschaften und Stadtteilkommitees, war die politisch nächste Konfrontation zur Wiedereroberung der Universitäten, Stadtteile, Fabriken, klitschen, Knäste und Schulen durch den Reformismus. Das gesellschaftliche Roll-back traf die Autonomia gerade da, wo der schnelle Übergang zu bewaffneten Gruppen die konsequente Verlängerung und Multiplikation des bewaffneten Zusammenstoßes von Bewegung und Staat 1977 waren, und damit gleichzeitig alle sozialrevolutionären Perspektiven auf die offene militärische Konfrontation konzentrierte. Das Autonomie-Redaktionskollektiv stellte dazu in der Italien-Nummer - revolutionäre Bewegungen am Ende?" die These auf, daß die Massenautonomie durch den schnellen Übergang zur Guerilla ausgesogen wurde, sich nicht mehr ausweitete und vervielfältigte. Daß die offene Konfrontation von den herrschenden politischen Klassen produziert war, und die autonome Bewegung zu diesem Kampf zwang, ist die andere Seite der Geschichte; die Not, mit allen Mitteln den Stillstand und das Roll-Back zu durchbrechen, machte die Konfrontation zu einem Kampf ohne Rückzugsmöglichkeiten, zum Stellen der Machtfrage. Die politische und militärische Kraft, die Restrukturierung der Kommandostrukturen in Fabriken, Universitäten, Krankenhäusern unterschätzt zu haben, wäre eine Feststellung, weil es nachher alle besser wissen. Trotzdem gilt es aus der italienischen Geschichte zu lernen; sie ist von einer ähnlichen Bewegung und mitteleuropäischen Bedingungen bestimmt, die sie zum Exempel macht. Der Anriß verschiedener geschichtlicher Beispiele (RZ, autonome Politik, Italien) soll in Anbetracht der (versuchten) Illegalisierung autonomer Politik aktuell die möglichen Fragen lebendig machen: eine Analyse der Interessen und Organisierung verschiedener politischer Fraktionen entlang staatlicher Angriffslinien könnte die ideologische und soziale Dimensionen, die neue Bedingungen setzen, und damit sozialrevolutionärer Politik und Klassenpraxis den Boden entziehen, bewußt machen. Und in diesem Kontext, im Einbezug der organisatorischen und politischen Schwäche der autonomen Linken, läßt sich auch die Frage stellen und beantworten, welche strategische Bedeutung klandestine organisierung und bewaffneter Kampf in den 90ern haben können - oder nicht. Und darin könnte auch die (äußerliche) Ruhe der bewaffneten Kerne Teil einer "Strategie" sein. Zu warnen ist vor einer grundsätzlichen Polarisierung von bewaffneten Kampf/Guerilla-Orientierung gegen Massenautonomie: sie bleibt so allgemein und blockiert die Anwendung aller Möglichkeiten auf die Verhältnisse und ihre Beziehungen untereinander. Real ist die Situation die, daß nur ein kleiner Teil der AutonomInnen (regional verschieden) die verbindliche Organisierung von Guerilla praktiziert, (z.B. autonome Zellen), ein kleiner Teil wiederum die klandestine Organisierung von Informations-und Kommunikationstrukturen trägt (radikal, unzertrennlich), sich außerdem kontinuierlich im Feld "halb-legaler"Militanz bewegt, gemeinsam mit der eher punktuellen und spontanen Militanz vieler Menschen im autonomen Spektrum.

In der autonomen Bewegung gibt es äußerste Extreme zwischen Gewaltverherrlichung und Pazifismus. Als Pazifismus bezeichne ich die Positionen, die Gegengewalt über-

rechtlich legitimiert, oder ihr einen bloßen Notwehrcharakter verleiht(a la wir haben es nicht so gemeint). Mit dem Gewaltverherrlichung meine ich den Fightermythos, Soldatentum und Legitimation jeder Gewalt (ebenso quasi überrechtlich: ist es beim Pazifismus die Gattungsfrage, die globale Bedrohung, die Gegengewalt legitimieren soll, so ist es bei der Gewaltverherrlichung der alles legitimierende Haß, die Schlechtigkeit des Systems umhin: dort treffen sich Objektivismus und Subjektivismus wie die Launen der Natur). Gleichzeitig gibt es einen verhaltenen Abstand von AutonomInnen zur illegalen Organisierung und Guerilla: einmal beruht diese Distanz auf dem Mythos der Guerilla als Übermenschen, andererseits aber auch auf den oben aufgeworfenen Fragen: wie wenig die Guerilla strategische und auch alltäglich erfahrbare Substanz hatte, tiefe Niederlagen erlitten hatte, und oft gerade nicht "den Weg zum Erfolg" symbolisierte: und diese Distanz nicht aus der besserwisserischen oder buchhalterischen Mentalität der Effizienz, sondern gerade aus der (einstigen) Nähe, praktischen Erfahrung, und der Ahnung, wie bitter und schmerzlich die menschlichen Verluste für die Guerilla waren, sind und sein werden. Eine kopflose MärtyrerInnenmentalität gibt es dort nicht, aber eine unzertrennliche Solidarität und revolutionären Zorn - nichts wird vergessen. Dies sollen Hinweise sein, daß eine solche wie oben skizzierte Debatte schwierig ist, und dies nicht nur wegen der Herrschaftsideologien Pazifismus und Militarismus (auf die subjektiven Beweggründe dazu bin ich nicht eingegangen), sondern auch durch die harten Ergebnisse militanter Geschichte.

amore autonomia

arriba.

Lesehinweise


6.Zeitung der Revolutionären Zellen, Januar 1981
radikal Nr.114, März 1983 "Organisierte Militanz auf der Gratwanderung über die Gletscherspalte"
"Versuch eine autonome, antiimperialistische Politik neu zu bestimmen" Lupus-gruppe, Januar 1987, Libertäre Tage-reader
Autonomie NF Nr.12 "Italien- revolutionäre Bewegungen am Ende?"März 1983
autonome Erklärungen zum 2.11.87, Dokumentation vom Informationsdienst (ID), März 1988
Brief . autonomes Rhein-Main Info Swing September 1989
K.H.Roth "Die historische Bedeutung der RAF" 1980 in "Klaut sie"iva-Verlag oder in "Die alte Straßenverkehrsordnung"tiamat-Verlag


Nachtrag zum Text "Radikale Linke" in der Swing Sept.89: mir ist da ein sprachlicher(nicht der einzige, ich weiß liebe GenossInnen) und politischer Fehler unterlaufen, wenn der Schluß der Einschätzung den Eindruck hinterläßt, daß es in erster Linie um Abgrenzung gegen das Projekt "Radikale Linke" geht, ein autonomer Kongreß dagegengestellt werden sollte. Ich kann da nur Fassanbass aus dem Arbeiterkampf (ak) 310 zitieren:"...das bisher geringe Interesse sowohl an einem Kreis wie den radikalen Linken als auch an anderen fraktionsübergreifenden Zusammenhängen weisen darauf hin, daß die Autonomen versuchen, ihre Krise (die nicht nur ihre ist) durch eine nach innen orientierte Debatte zu überwinden - wobei gleichzeitig aber die Vermittlung der eigenen Erkenntnisse und Intentionen nach außen ernst genommen wird." Dies hört sich ganz anders an, als der Duktus im letzten AK, in dem im falschen Glauben (Zweckoptimismus) oder böser Absicht ein Einlassen autonomer Zusammenhänge und intensive Diskussionen über die Radikale Linke/das Trampert-Ebermannpapier vorgegaukelt wurden. Und der scharfe Wind am Schluß der Einschätzung"Radikale Linke - Projekt Neue Heimat" sollte diese Selbstverschaukelung beenden. In altem Zorn, lieber KB. Und die Schlußparole "Intensivierung der Debatte und Kritik - gegen Dogmatismus, Traditionalismus und Leninismus - für die soziale Revolution" ist Programm.

# KNASTKOLLEKTIVE

Bei Überlegungen üb. den Knastkampf können wir uns im Moment nicht auf eine Bewegung draussen stützen.Ehe eine Bewegung draussen,die die Forderungen der Gefangenen unterstützen kann, entstehen kann,müssen wir Gefangene uns organiesieren. Draußen fehlt es oft an einer Vorstellung wie es in den Knästenaus-sieht, mit welchen alltäglichen Problemen wir konfrontiert sind Erst-, durch eigenes Erleben in der Realität wird nachvoll-ziehbar, wie das tägliche Eingesperrtsein auf einen wirkt, sind Berichte im Detail sinnvoll,wichtig und erforderlich. Wie sollen die Menschen uns draußen unterstützen, wenn sie die Notstände konkret nicht kennen, auch wenn sie sicher mittler-weile allgemein bekannt sind. Es gibt Gruppen draußen, die uns unterstützen wollen. Zum Teil sind es ehemalige Gefangene,die auch draußen das Thema Knast zum Schwerpunkt machen.Zu diesen Gruppen ist es wahrscheinlich am ehesten möglich einen lebendi gen Kontakt zu entwickeln, da sie die Misere hier drinnen schon erfahren haben.
Auch gibt es einzelne Menschen bzw. Gruppen draußen, die eineen Bezug zu Gefangenen suchen, weil sie uns in das alltägliche Leben mit einbeziehenin das, was sie machen,und uns als gleichberechtigte Diskussionspartner betrachten. Es sind Menschen,die auch draußen überlegen, wie sie Kollektive bilden können.
Diese Genossen machen das Thema Knast nicht zu ihrem Schwer-punkt, betrachten es aber als kontinuierliche Aufgabe die Be-lange der Gefangenen in ihre Arbeit mit einzubeziehen.
Wichtig zu allen Kontakten nach dra ußen ist,daß ein gegen-seitiges Interesse besteht und nicht die Gefangenen als Lücken-büßer für schwere Phasen, in denen Mensch nicht weiter weiß, benutzt wird.
Das Verhältnis zwischen drinnen und draußen sollte so sein, das es zwei starke, eigenständige Bewegungen sind, die sich in bestimmten Momenten aufeinander beziehen können.
Es ist falsch, den Knastkampf als ein unwichtiges Element abzutun, vielmehr ist er ein Teil des Kampfes draußen,der nicht verdrängt werden kann.

2. Was beinhaltet unser Kollektiv!
Jede Gefangene die sich nicht willenlos dem Knastalltag stellen will und über die nachfolgend aufgeführten Denk-u.Verhaltens-weisen verfügt, kann nach einer absolvierten Probezeit unserem Kollektiv " DURCHBLICK" beitreten.
Das sind Gefangene , die sich nicht alles gefallen lassen, die einen klaren Standpunkt zu Verhaltensweisen wie Abzieherei, Diebstahl Tra tsch und Verrat vertreten.
In unserem Kollektiv wird füreinander gesorgt und allas geteilt. Wir organiesieren den Alltag gemeinsam:kochen, Sport, Sprachen lernen, Diskussionen, Gespräche mit Mitgefangenen u.v.m.
Das Problem Arbeit und wie finanzieren wir Einkauf ec. muß ge-klärt werden.
Das Kollektiv kämpft für die Forderungen der militanten Gefangenen. Es spielt keine Rolle weshalb der einzelne Mensch inhaftiert ist, worauf es ankommtist vielmehr, wie begegnet er der Konfrontation Knast, und wie ist sein Verhalten im Kollektiv.
Wir,-das Kollekt iv "DURCHBLICK" fordern:
ausreichende Bezahlung der Zwangsa rbeit
genießbares und nahrhaftes Essen-,ausreichende,medizinische Ver-sorgung,-mehr Besuche-,mehr Freizeitveranstaltungen-,mehr Ausbildungsmöglichkeiten-,Aufhebung der Zensur-, Öffnung aller Häuser-, regelmäßige Treffen mit Gefangenen aus anderen Häusern-, mehr Besuche mit Kindern u.v.m.

3. Schutz des Kollektiv,s
Das Kollektiv muß sich vor Spitzeln und vor Gefangenen schützen, die das Kollektiv ausnutzen wollen,um ihre schlechte Lage im Knast ein wenig verbessern zu können. Solche Gefangenen sind,da sie auf ihren Vorteil bedacht sind,auch leicht von Bullen ansprechbar,wenn es z.B. um Verringerung ihrer Haftstrafe od.vorzeitige Entlassung geht.Außerdem können sie benutzt werden,um den Entstehungen von Kollektiven entgegen zu wirken.Diese Erfahrung hat das Kollektiv "bel fior"gemacht.Nachdem versucht wurde den Namen "bel fior"für Vorgehensweisen draußen zu benutzen,mit denen wir nicht übereinstimmen u. was nicht geht,da "bel fior" ein Knastkollektiv ist u. nicht nach draußen zu verlagern ist. Wir haben "bel fior"aufgelöst und ein neues Kollektiv gegründet. Wir sind noch dabei,dieErfahrungen v. "bel fior"zu verarbeiten und überlegen hauptsächlich,wie finden wir Menschen,denen wir vertrauen können.Deswegen geht unser Aufbau etwas langsam voran. Da wir mittlerweile etwas Erfahrung mit den Strukturen im Knast haben,lernen wir zu erkennen,wer etwas vorgibt zu wollen,und wer es wirklich will.
Wir haben eine Probe-u.Kennenlernphase eingeführt,in der wir sehen,wie sich jemand verhält.

4. Wir suchen Kontakt zu Gefangenen in anderen Knästen,um mit ihnen üb. die Vorstellung v.Knastkollektiven u.üb.unsere jeweiligen Erfahrungen zu diskutieren.Diese Kontakte wollen wir auch persönlich weiterentwickeln.Die Möglichkeiten die wir dazu haben sind,außer Briefe zu schreiben,auch Besuchszusammenführungen. Die ersten 2Besuchszusammenführungen finden im Dezember statt. Sie sind nach 3monatiger Wartezeit endlich v. Richter u.Anstalt genehmigt worden.
Ein Erfahrungsaustausch und Zusammenhalt über die Knäste hinweg ist wichtig,damit wir uns gegenseitig unterstützen können.
Es muß verhindert werden,uns durch differenzierte Vollzüge zu spalten Bei genauen Austausch stellt man fest,daß jeder Knast für sich spezifisch eigene Behandlungsstrukturen aufzuweisen hat.
Als konkretes Beispiel sind hier in Köln-Ossendorf im Vergleich zu a nderen Knästen lange Aufschlußzeiten,dafür kriegt man aber kaum was an Sachen rein,und es dauert oft ziemlich lange,bis die Sachen Sicherheit u.Ordnung passiert haben.Es gibt keine genaue Regelung ,was erlaubt ist,in der Handhabung bestimmen Unterschiede die Regel.(dies ist nur ein Beispiel)

5. Wir sind befreundet mit den beiden kurdischen Genossinnen Yasimin und Meral.Sie setzen im Moment den Schwerpunkt auf ihren Prozeß.Sie haben in ihrer jetzt fast 2jährigen U-Haftzeit schon einiges von den Bedingungen in dt. Knästen miterlebt,und unterstützen die Forderungen aller kämpfenden Gefangenen.
Wir können nur mit jeweils einer von Beiden zusammen sein,da eine immer eingeschlossen ist.Soweit ihr anstrengender Prozeß eszulässt,verbringen wir die Aufschlusszeiten gemeinsam.
Meral geht mit zum Sport, Yasemin kann das wegen ihrer Verletzung durch die Folter in türkischen Gefängnissen nicht.

3.12.89 Köln-Ossendorf Knastkollektiv "Durchblick"

Monika Schmitz, 22.4.51
c/oAmtsgericht- 53-Bonn1
Wilhelmstr.21-23

+

Susanne Schöf
c/o Landgericht Bochum
Westring8

# NEUES AUS DEM ANGEHÖRIGEN-INFO

## Erklärung des Hamburger Info-Büros für Gefangene vom 04.12.1989

Am 30.11. und 01.12.89 gab es bei insgesamt 26 politischen Gefangenen Zellenrazzien, Besuchs- und Telefonverbote sowie Einzelisolierungen.

Was wir bisher im einzelnen wissen:

Bei vielen Gefangenen wurde keine Begründung gegeben; einigen Gefangenen wurde ein Beschluß des BGH vom 30.11.89 vorgelegt. Bei folgenden Gefangenen wurden die Zellen durchsucht:

| | |
|---|---|
| Ingrid Barabaß | Manuela Happe |
| Gisela Dutzi | Rolf Heissler |
| Eva Haule | Hanna Krabbe |
| Karl-Heinz Dellwo | Christine Kuby |
| Lutz Taufer | Irmgard Möller |
| Knut Folkerts | Gabi Rollnik |
| Luitgard Hornstein | Christian Kluth |
| Karl Friedrich Grosser | Helmut Pohl |
| Christian Klar | Rolf Clemens Wagner |
| Günter Sonnenberg | Christa Eckes |
| Erik Prauss | Adelheid Schulz |
| Andrea Sievering | Ingrid Jakobsmeier |
| Brigitte Mohnhaupt | Sieglinde Hoffmann |

Zur Begründung wird verwiesen auf den Anschlag auf Alfred Herrhausen, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, am 30.11.89. Dabei geht der BGH davon aus, daß bei den Durchsuchungen „Beweise" gefunden werden könnten, die für ihre Ermittlungen bezüglich des Anschlags und der Täter nützlich sein könnten. Weiter beziehen sie sich auf den Brief von Helmut Pohl, der im „Angehörigen-Info Nr. 27" abgedruckt worden ist. Zitate aus diesem Brief sollen belegen, daß die Kommunikation der Gefangenen untereinander und nach draußen ausschließlich dem Ziel diene, Anschläge mit vorzubereiten.

In Köln-Ossendorf wurden Ingrid Jakobsmeier, Heidi Schulz, Sieglinde Hoffmann und Christa Eckes, in Frankfurt-Preungesheim Eva Haule, Gisela Dutzi und Ingrid Barabaß am Donnerstag, 30.11.89, in Einzelzellen verschleppt und ihre Zellen in ihrer Abwesenheit durchsucht.

In Ossendorf durften die Frauen nichts außer Schreibsachen mitnehmen. Zwei Schließerinnen standen vor der Tür der Zelle, in der sie isoliert waren. Bei Eva Haule wurden Briefe von anderen Gefangenen und draußen beschlagnahmt. Helmut Pohl wurde von Donnerstag nachmittag bis Freitag früh in eine Bunkerzelle gebracht. Die Zelle von Rolf Heißler wurde versiegelt und er selbst in den Trakt verlegt.

Vorher genehmigte Telefonate wurden etlichen Gefangenen für Donnerstag verboten.

Bei drei Gefangenen aus dem Widerstand, die nicht auf der Liste des Beschlusses stehen — Norbert Hofmeier, Sven Schmidt, Thomas Kilpper —, und bei Rico Prauss wurden am Donnerstag keine BesucherInnen reingelassen.

Bei Luitgard Hornstein wurden bei der Zellenrazzia Sachen aus der „Habe" (die sie nie zu Gesicht bekommen hat), ein Stapel Privatpost sowie Zeitungen und Broschüren mitgenommen.

Helmuts Brief von Ende Oktober wird in unterschiedlichsten politischen Zusammenhängen diskutiert.

Für uns ist der Brief wichtig, weil er Diskussionsansätze beinhaltet, wie wir den Kampf um freie Kommunikation mit den Gefangenen und ihre Zusammenlegung in große Gruppen weiterführen können.

Für Helmut, der seit Prozeßende 1986 in Schwalmstadt von seinen GenossInnen isoliert ist, sind Briefe die einzige Möglichkeit, an Diskussionen teilzunehmen.

Seit Ende des Hungerstreiks hat sich trotz breiter Unterstützung der Forderungen nichts Grundsätzliches an den Haftbedingungen verändert. Die Gefangenen sind immer noch nicht in zwei großen Gruppen.

Trotz einiger Kosmetik, wie ein paar Kleinstgruppen, gibt es unter anderem weiterhin Briefzensur, Besuchsüberwachung usw. Eine freie politische Kommunikation unter den Gefangenen und mit uns draußen ist nicht möglich.

Der Durchsuchungsbeschluß zielt darauf, unseren Kampf darum wieder zu kriminalisieren. Die Attacke des Staatschutzes und die Hetze der Medien gegen die Gefangenen und uns wird uns nicht davon abhalten, weiterzukämpfen für:

die Freiheit der politischen Gefangenen
die Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen
die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen
die freie politische Kommunikation zwischen ihnen im Knast und mit uns draußen!

Wir werden weiter informieren.
Info-Büro Hamburg, Paulinenstr. 15a, Öffnungszeiten: Donnerstag und Freitag von 14 Uhr bis 18 Uhr.
Telefon: 040/316542

Nachtrag: Bei der Durchsuchung der Gefangenen in Lübeck (Hanna Krabbe, Irmgard Möller, Gabriele Rollnik und Christine Kuby) hatten sich zunächst zwei der Frauen geweigert, sie wurden dann mit physischer Gewalt aus den Zellen geschleppt. Es wurde zugleich ein Verhör aller Schließerinnen durchgeführt, wobei diese haben durchblicken lassen, daß sie den Eindruck hätten, die Gefangenen hätten vorher von dem Anschlag gewußt. Zudem gaben die Schließerinnen wohl an, daß die Gefangenen in der Woche vorher verstärkt Besuche von Angehörigen und Anwälten gehabt hätten. Alle vier Gefangenen haben bis auf weiteres Besuchsverbot.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch, daß der Durchsuchungsbeschluß des BGH vom 30.11.89 gegen alle 26 Gefangenen sich u.a. auch auf einen Bericht der JVA Lübeck stützt.

*(In Preungesheim und Ossendorf ist die Isolation aufgehoben, und die Gefangenen sind wieder zusammen.*

*Nach telefonischer Auskunft der Straubinger Knastleitung ist Rolf Heißler noch immer im Trakt, „auf unbestimmte Zeit".*

*— die Redaktion)*

## Veränderungen in den Knästen

Eva Haule ist am Freitag, den 10. November, von Stammheim nach Frankfurt-Preungesheim verlegt worden. Sie hat dort gemeinsamen Aufschluß mit Gisela Dutzi und Ingrid Barabaß und auch gemeinsamen Hofgang.

Christian Klar ist am Donnerstag, 9.11., von Stammheim nach Bruchsal verlegt worden und hat dort gemeinsamen Hofgang mit Günter und Carlos.

Diese Verlegungen sind in dem Zusammenhang zu sehen, den Helmut Pohl in seinem Brief (Info 27) so charakterisiert hat: „die baw hat die sache wieder ganz in die finger gekriegt, die alte nummer, jetzt in einer etwas abgewandelten variante: da durch die prozesse jetzt die verteilung der gefangenen nach dem länderschlüssel sowieso bundesweit geregelt werden muß, sollen angeblich einzelne von uns verlegt werden, aber natürlich genau so, daß es keine gruppen werden. nach den bauchlandungen der baw in der letzten zeit wollen sie das dann vermutlich als ‚veränderung' verkaufen und sich so mit kosmetik aus der verantwortung für all die jahre vernichtungshaft davonstehlen und dabei ihr trostlos-dumpfes ziel der zerstörung des gefangenenkollektivs und des politischen bewußtseins der einzelnen weiter betreiben."

**Bochum/Schwalmstadt.** Rolf Clemens Wagner ist am Donnerstag, 30.11., nach Schwalmstadt verlegt worden. Bis jetzt ist noch nicht bekannt, daß er und Helmut Pohl sich sehen können, es wurde aber in Aussicht gestellt, daß die beiden gemeinsamen Hofgang machen können.

**Stammheim/Aichach.** Manuela Happe ist am Freitag, 01.12., nach Aichach verlegt worden. Claudia Wannersdorfer konnte gleich am ersten Tag einige Stunden mit ihr reden (die beiden liegen auf demselben Flur). Demnächst werden sie zu dritt — also zusammen mit Brigitte Mohnhaupt — fünf Stunden pro Woche Hofgang haben.

**Düsseldorf.** Die beiden irischen politischen Gefangenen in der BRD (Gerry Hanratty und Gerry McGeough) haben eine neue Postadresse: c/o 6. Strafsenat, Cecilienalle 3, 4000 Düsseldorf 30. Für die beiden wurde extra ein neuer, sechster Strafsenat in Düsseldorf eingerichtet.

## Aktuelles aus den Knästen

**Mannheim.** Am 10. Oktober trat ein Gefangener aus dem Knast Mannheim, Roland Schwarzenberger, in den Hungerstreik. Er kämpft damit u.a. für eine sofortige Verlegung in einen anderen, heimatnahen Knast und die Überweisung in eine Klinik oder Vollzugskrankenhaus. Weiterhin versteht er seinen Streik als Protest gegen die ärztliche Behandlung im Mannheimer Knast und gegen den Strafvollzug allgemein. Er war bereits vom 28.9. bis 3.10. für seine Forderungen im Hungerstreik. Es besteht die Gefahr der Zwangspsychiatrisierung, d.h. Zwangsverlegung ins Knastkrankenhaus Hohen Asperg! Wir werden im nächsten Info genauer berichten. Seine Postanschrift ist: Roland Schwarzenberger, Herzogenriedstr. 111, 6800 Mannheim.

**Mannheim/Hohenasperg.** Im Info Nr. 27 haben wir kurz über den Hungerstreik von Roland Schwarzenberger und eine drohende Verlegung — und möglicherweise Zwangspsychiatrisierung — ins Knastkrankenhaus Hohenasperg berichtet. Wie wir jetzt aus einem Brief von ihm erfahren haben, wurde er nach vier Wochen Hungerstreik (vom 10.10. bis 10.11.89) auf den Hohenasperg zwangsverlegt, und zwar auf die psychiatrische Abteilung. Allerdings wird er dort nicht zwangspsychiatrisiert, solange — wie es hieß — keine offensive Gewalt vorliegen würde. Seine Forderungen wurden alle erfüllt.




### Weitere Meldungen

**Westberlin.** Ronald Fritzsch, Gefangener aus der Bewegung 2. Juni, wurde Ende Oktober aus dem Knast entlassen. Er war 1975 gefangengenommen und 1980 zu 13 Jahren und 9 Monaten verurteilt worden. Im nächsten Jahr wird auch Ralf Reinders, ebenfalls seit 1975 im Knast und zu 15 Jahren verurteilt, entlassen.

**Karlsruhe/Hamburg.** Auf Betreiben der BAW hat der Bundesgerichtshof (BGH) das Urteil gegen Luitgard Hornstein aufgehoben, die wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Der BGH rügt, daß das OLG Stuttgart gegen Luitgard Hornstein wegen Mitgliedschaft verhandelt habe, nicht aber wegen einer möglichen Beteiligung am „Dornier-Anschlag" am 25.7.86. Obwohl die BAW Luiti in ihrer Anklageschrift keine konkrete Beteiligung am Dornier-Anschlag vorgeworfen hatte, wollte und will sie erreichen, daß Luiti dennoch deswegen verurteilt werden soll.

**Türkei.** Zwei führende Dev Sol-Gefangene sind im Oktober '89 aus dem Kerker in Sagmalcilar (Istanbul) geflohen. Es sind: Dursun Karataş und Bedri Yagan. Beide saßen seit mehreren Jahren im Knast. Wie viele andere revolutionäre Gefangene wurden auch sie der grausamen Folter des Regimes unterzogen. Sie hatten sich auch an dem 75tägigen Todesfasten im Jahre 1984 beteiligt. Bei diesem Todesfasten sind damals vier Gefangene gestorben. Dursun Karataş saß seit neun Jahren in Haft. In dem jetzt laufenden Dev Sol-Prozeß ist dreimal die Todesstrafe für ihn beantragt worden. Insgesamt sind in diesem Prozeß 1243 Angeklagte. Dursun Karataş wird vorgeworfen, daß er „viele bewaffnete Aktionen von Dev Sol selbst geplant hat". Bedri Yagan saß seit acht Jahren im Knast. Auch er war von der Todesstrafe bedroht. Bereits während seiner Haftzeit wurde er wegen verschiedener politischer Erklärungen von Dev Sol-Gefangenen zu einer Strafe von 29 Jahren und 8 Monaten verurteilt. Sowohl der Regierung als auch der Presse ist immer noch unklar, wie die Flucht der beiden gelingen konnte. Es gibt Spekulationen in den Zeitungen, wonach die beiden vielleicht in Anwaltskleidung oder in Soldatenuniformen abgehauen sind. Im Gefängnis haben sie eine zweiseitige Fluchterklärung hinterlassen. Darin heißt es u.a., daß es „ein legitimes Recht von jedem revolutionären Gefangenen ist, sich dem laufenden Kampf draußen anzuschließen. Deshalb machen wir jetzt unsere ersten Schritte in die Freiheit." Wegen der Flucht wurden mehrere Menschen in der Türkei festgenommen. Trotzdem wurde die Aktion der ehemaligen Gefangenen und ihrer GenossInnen von den AntifaschistInnen mit großer Sympathie begrüßt. (Informationen von TAYAD-Solidaritätskomitee)

**Türkei.** Unter dem Vorwand, Fluchthelfer gewesen zu sein, wurden nach der Flucht zweier führender Dev-Sol-Gefangener aus dem Sagmalcilar-Gefängnis viele Frauen und Männer — vor allem Ex-Gefangene — festgenommen. Zwei Tage lang boykottierten die Gefangenen im Gefängnis selbst das Essen, weil es mit Zigarettenkippen auf Geheiß der Gefängnisleitung absichtlich ungenießbar gemacht worden war. Der Angehörigenorganisation TAYAD wurde seit der Flucht keine Veranstaltung mehr genehmigt.

Gegen die „Wahl" Özals zum Ministerpräsidenten der Türkei protestierte Dev-Sol (Revolutionäre Linke) mit 35 Bombenanschlägen auf Banken und Leitungsbüros von Großkonzernen in Istanbul, Ankara und Izmir. Fünf Ex-Gefangene und Studenten wurden daraufhin in Istanbul festgenommen.

**Irland/Großbritannien.** Im Zusammenhang mit der Verurteilung der „Guildford Four" im Jahr 1975 und ihrer kürzlichen Entlassung nach 15 Jahren Haft (nachdem sich herausgestellt hat, daß ihre Geständnisse unter Folter zustande kamen — wir berichteten bereits darüber) wurde jetzt bekannt, daß die Untersuchungskommission der Polizeibehörde von Avon und Somerset wichtiges Beweismaterial für die Unschuld der vier IrInnen eineinhalb Jahre lang zurückgehalten hat. Die Beamten, die beauftragt worden waren, neue Beweise in dem Fall zu untersuchen, wußten spätestens seit Anfang 1988 von den gefälschten Geständnissen der vier, verschwiegen diese Tatsache jedoch. Interessanterweise sind diese Beamten nun auch für die Ermittlungen gegen ihre Kollegen, die diese Geständnisse fälschten, zuständig. (taz, 8.11.89)

## EL SALVADOR LIBRE
## SPENDENAKTION

**Waffen für El Salvador**

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
28859-107
Bankleitzahl 10010010
•
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 61



**Kontostand 6.12.89**
**4.343.370,61 DM**

Bisherige UnterstützerInnen:
AIB, Dritte Welt Zeitschrift, Arbeiterkampf, blätter des iz3w, Cuba Si, Ides, Ia - Info, Inprekorr, Konkret, Lateinamerika Nachrichten, PROWO, Radio Dreieckland - Freiburg, Radio 100 - Westberlin, Radio Z - Nürnberg, Euskadi Information

# Ablauf der Geschehnisse aus unserer Sicht

Uwe wurde gegen Ende der Demonstration, als die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer/Innen schon in Richtung Wackersdorf unterwegs war, festgenommen.

Er befand sich mit einem Bekannten auf dem Weg zu seinem, weit vor dem Baugelände abgestellten Fahrzeug. Um dort schneller hinzugelangen gingen beide nicht die Straße entlang, sondern durch das angrenzende Waldstück. Nach 50 m stürzte ein Trupp von etwa 20 Polizisten, die an der Straße postiert waren, hinter ihnen her. Nach ein paar Metern stoppten beide und wurden festgenommen. Sie wurden mit den an diesen Tagen üblichen Umgangsformen durchsucht. Es wurde dann mehrfach versucht, Uwe eine Motorradhaube überzuziehen, um ihn damit zu fotografieren. Seine Gegenwehr wurde auf brutale Art und Weise gebrochen. Beiden wurden die Hände mit Handschellen auf den Rücken gefesselt. So erfolgte der Abtransport auf das Gelände.

Dort befanden sich, nicht nur für die damalige Demonstration, extra für Polizei und Staatsanwaltschaft aufgestellte Container. Uwe wurde von seinem Bekannten getrennt. Die Verhaftung von Uwe stützt sich ausschließlich auf zwei Zivilfahnder, die extra aus Nürnberg nach Wackersdorf abkommandiert worden waren. Nach deren Vernehmung direkt auf dem Baugelände, wurden sie am gleichen Abend nochmals nach Wackersdorf zitiert. Ihre Aussagen reichten noch nicht, um eine Landfriedensbruchsituation zu konstruieren.

Einen Tag später wird Uwe dem Haftrichter vorgeführt. Die Anklagevorwürfe stützten sich dann, wie zu erwarten war, auf den Paragraphen 125a - Landfriedensbruch. Der Haftrichter urteilte: Es besteht keine aktuelle Flucht- oder Verdunkelungsgefahr. Uwe wurde aus der Haft entlassen.

Der mit Uwe zusammen verhaftete Franz S. wurde dagegen schon am Vorabend freigelassen. Gegen ihn wurde später wegen Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration , ein Bußgeld in Höhe von 75,- DM verhängt. Eine Woche später tauchten Staatsschutzbeamte bei Franz zuhause in Berlin auf. Er wurde mit Nachdruck aufgefordert, Aussagen zu der Festnahme von Uwe zu machen. Ihm wurde unmißverständlich mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft in Amberg großes Interesse an Uwe hat.

Uwe hielt sich zu dieser Zeit in seiner Wohnung auf. Obwohl diese bekannt war, kam man nicht direkt zu ihm, sondern kündigte die anstehende Verhaftung indirekt über Dritte an. Nichtsdestotrotz kommt dann weitere zwei Wochen später, ein beachtlicher Trupp Zivilbeamter (5), verstärkt durch einen um die Ecke geparkten Mannschaftswagen zu Uwes Wohnung, um die Verhaftung mit entsprechendem Nachdruck vorzunehmen. Der allem Anschein nach gewollte Effekt war eingetreten. Uwe war nicht mehr da.

Verständlich wird sein Handeln wohl aus den Erfahrungen, die er bereits mit der Justiz gemacht hatte. Im Sommer 1983 saß Uwe schon einmal vier Monate in Untersuchungshaft. Man warf ihm vor, während des Sommerlagers im Wendland mittels eines Nagelbretts, einem Polizeifahrzeug die Luft aus einem Reifen gelassen zu haben. In dem folgenden Indizienprozeß erfolgte eine Verurteilung. Eine lange U-Haft erhöht wohl doch den Verurteilungsdruck für die Justiz. In der zweiten Instanz wurde Uwe von allen Vorwürfen freigesprochen. Aufgrund des Einspruchs der Staatsanwaltschaft kam es zu einer dritten Auflage dieses Prozesses. Nach mehr als 2 Jahren wurde das Verfahren eingestellt.

Nach der Demonstration in Wackersdorf setzte ein Rechtfertigungsdruck ein. Eine Folge der öffentlichen Empörung über den Polizeieinsatz bei eben dieser Demonstration. Erklärt sich ja wohl von selbst, daß nun Straftäter her mußten, die in das Bild umherziehender Chaoten passen. Es galt ein Gegengewicht zu den exzessiven Polizeiübergriffen herzustellen. Nach dem Motto, wo prügelnde Polizisten sind, sollen auch gewalttätige Demonstranten sein.

An dieser Stelle ist es angebracht, einmal einen kurzen Abriß über die eingeleiteten Ermittlungen gegen die Sondereinsatztruppe EbLT, die extra aus Berlin zur Demo angereist kam, zu geben. Es konstituierte sich im Berliner Abgordnetenhaus ein Untersuchungsausschuß, der sich mit der, durch besondere Brutalität vorgegangenen, umherreisenden Spezialeinheit der Berliner Polizei, beschäftigen sollte. Auch die Staatsanwaltschaft überzeugte durch tatkräftige Hektik. Aufgrund der bereits oben erwähnten breiten, öffentlichen Empörungswelle, dauerte es ein Jahr, bis alle eingeleiteten Ermittlungsverfahren eingestellt wurden.

Über zwei Jahre ist es nun her, daß Uwe sich versteckt halten muß; d. h. über zwei Jahre keinen normalen Kontakt zu Freunden, über zwei Jahre keinen normalen Alltag zu haben, über zwei Jahre kein dauerhaftes Wohnverhältnis und auch über zwei Jahre kein geregeltes Einkommen zu haben. [illegible] Ohne noch einmal auf das menschenverachtende Großtechnologieprojekt der Kernkraftnutzung und deren dazu notwendigen staatlichen Aufrüstung einzugehen, läßt der geschilderte Fall nur den Schluß zu, daß hier gezielt der Versuch unternommen wird, politisch aktive Menschen von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Man besteht darauf, daß Uwe für eine nicht absehbare Zeit in U-Haft sitzen soll. Auch wenn er dann nicht verurteilt wird, als Abschreckung könnte seine Inhaftierung in jedem Fall dienen.

Der Fall ruht, wie es so schön heißt. Dieser Strategie, politische Bewegungen zu kriminalisieren und Einzelne in die Illegalität zu drängen, sie von Anderen zu isolieren, gilt es offen entgegenzutreten.

**Deshalb fordern wir:**

*** EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN, DIE IM LERNPROZEß UM DIE BEENDIGUNG DES BRD-PROJEKTS WIEDERAUFARBEITUNG ANSTEHEN !**

*** AUFHEBUNG DER BEREITS ERGANGENEN URTEILE UND WIEDERGUTMACHUNG !**

*** SOFORTIGE AUFHEBUNG DES HAFTBEFEHLS GEGEN UWE !**



KONTAKTADRESSE:
Michael Goedecke
Bln. 36, Kohlfurterstr. 40

FRITZ STORIM IST FREI

**ANWALTSBÜRO**

Andreas Beuth
Ute Brandt
Thomas Lampe
Rainer Zorn

R. ... .orn RAin Brandt · Louise-Schröder-Str. 31 · 2000 Hamburg 50

Louise-Schröder-Straße 31
2000 Hamburg 50
(EKZ Altona/Ecke Thedestraße)
Telefon 040/38 25 37
38 25 39

P r e s s e m i t t e i l u n g

Fritz Storim ist frei!

Fritz Storim wurde heute, am 8.12.89, aus der Haft entlassen.

Storim war mit Urteil des Staatsschutzsenates bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht vom 17.01.89 wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB zu einem Jahr Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden. Verfahrensgegenstand war die Veröffentlichung zweier Rede- und eines Bildbeitrages in der Hamburger Info-Sammlung "Sabot". In der Dokumentation dieser Beiträge, in denen die Forderung der politischen Gefangenen nach Zusammenlegung diskutiert wurde, sah der Senat eine Unterstützung der RAF.

Am 29.05.89 wurde Fritz Storim, der offen in Hamburg lebte, in einem Café in St. Pauli verhaftet. Der Staatsschutzsenat ordnete sofort strenge Isolationshaftbedingungen an, die erst in den letzten Wochen aufgrund politischen Druckes ansatzweise gelockert wurden.

Mit Beschluß dieses Senates vom 5.12.89 wurde Fritz Storim nach Verbüßung von etwas mehr als der Hälfte der einjährigen Freiheitsstrafe vorzeitig entlassen. Die Reststrafe wurde für die Dauer von 4 Jahren zur Bewährung ausgesetzt.

Diese Entscheidung ist aus Sicht der Verteidigung eine politische und juristische Sensation!

Nach dem Gesetzestext des § 57 StGB kommt eine vorzeitige Strafentlassung in Betracht, wenn verantwortet werden kann zu erproben, ob der Verurteilte keine Straftaten mehr begehen wird. Die Staatsanwaltschaft hatte dies bei Fritz Storim unter Verweis auf die im Urteil behauptete "revolutionäre Kampfbereitschaft" , an der sie keine Änderung erkennen konnte, verneint.
Am 5.12.89 fand daher vor dem Staatsschutzsenat eine mündliche Anhörung statt.
Da es hier wie bei allen § 129a-Verfahren um die Bestrafung von Bewußtsein und Identität ging, war nach allen bisherigen Erfahrungen in der Anhörung eine Gesinnungsprüfung zu erwarten. Eine distanzierende Erklärung, die Fritz Storim erklärtermaßen nicht abgegeben hätte, wurde durch das OLG jedoch nicht verlangt.
Behandelt wurden die Lebensverhältnisse im Falle einer vorzeitigen Entlassung (Wohnort, Einkommen, berufliche Vorstellungen).

Die Staatsanwaltschaft hatte gegen eine Tätigkeit Fritz Storim's im Fachbereich der Universität Bremen Einwände erhoben, weil sich Professoren dieses Bereiches gegen die Verurteilung im § 129a-Verfahren ausgesprochen hatten.

Von dort könne Storim nach der Staatsanwaltschaft "Besätrkung in seinem gegen den Staat gerichteten Kampf erfahren".

Danach wurde Fritz Storim ein Vorschlag seitesn des Gerichts unterbreitet: "Wie wäre es, wenn Sie bei zukünftigen Veröffentlichungen Ihr Manuskript einem Anwalt vorlegen, der es daraufhin überprüft, ob ein Verstoß gegen § 129a StGB vorliegt?"

Nachdem Fritz Storim hierauf erklärte, eine Konsultation seiner Verteidigung sei für ihn vorstellbar, war die Anhörung beendet. Eine Entscheidung sollte bis Weihnachten getroffen werden.

Mit dem am 6.12.89 bekanntgewordenen Beschluß hat das OLG sein eigenes Urteil im nachhinein faktisch korrigiert.

Dies ist nur auf der Grundlage nachzuvollziehen, daß das gegen Fritz Storim ausgesprochene Urteil in der demokratischen Öffentlichkeit auf breite Kritik bis hin zur Urteilsschelte gestoßen ist.
Hinzu kommt die fortwährende Problematisierung der Isolationshaftbedingungen bis hin zu parlamentatischen Anfragen der GAL-Fraktion in der Bürgerschaft.
Und nicht zuletzt: die ungebrochene Solidarität mit Fritz Storim, auch und gerade während seiner Haft. Die Solidarität, die auch hier und heute wieder zum Ausdruck kommt.

Haftbefehl im Brokdorf-Verfahren aufgehoben!

Die heutige Freilassung von Fritz Storim war aber auch nur möglich, weil der Haftbefehl gegen ihn wegen des Vorwurfs der Beteiligung an einem Sprengstoff-Anschlag auf einen Strommast. des AKW-Brokdorf im April 1984 mit Beschluß des Amtsgerichtes Itzehoe vom 29.11.89 aufgehoben worden ist.

Der im Juli 1989 erlassene Haftbefehl war damit begründet worden, daß der dem Anschlag in Brokdorf zugrundeliegende Schaltplan für die Zündzeitverzögerung "nahezu identisch" sei mit einem Schaltplan, der in der Druckschrift "Handbuch zur Selbsthilfe, Ergänzung 1, Oktober 1986" abgebildet und beschrieben worden ist. Dieses"Handbuch" wiederum sei auf einer in der Wohnung von Fritz Storim stehenden Schreibmaschine geschrieben worden. Als Indiz dafür galt ein im Dezember 1987 dort beschlagnahmtes Carbonband.
Außerdem verfüge Fritz Storim laut dem damaligen Haftbefehl als Diplom-Physiker über das theoretische und aufgrund seiner jahrelangen Lehrertätigkeit auch über das erforderliche praktische Wissen für den Bau einer "Zündzeitverzögerung".
Nach dem gleichen Muster wie z. B. in dem Prozeß gegen Ingrid Strobl sollte hier ein Täterbild aus Fachwissen, Bildungsstand, Berufspraxis und System-Gegnerschaft im Zusammenhang mit vermeintlichen Indizien für eine mehrjährige Haftstrafe zusammenkonstruiert werden.

Jetzt beantragte die Staatsanwaltschaft Itzehoe selbst die Aufhebung des Haftbefehls und brachte damit zum Ausdruck, daß die Gefahr erkannt wurde, mit dem Konstrukt Schiffbruch zu erleiden. Jedoch wurde bislang nur der für einen Haftbefehl erforderliche dringende Tatverdacht verneint. Es ist unklar, ob die Anklage noch erhoben und ein Prozeß gegen Fritz Storim stattfinden wird. Die Verteidigung erhält auch derzeit keine Akteneinsicht in den aktuellen Verfahrensstand.
Aus Erfahrungen wissen wir, daß es immer wieder eine Frage der politischen Opportunität ist, ob die Strafverfolgungsorgane einzelne wie Fritz Storim herausgreifen, um den politischen Widerstand, z. B. gegen das Atomprogramm, abzuschrecken und einzuschüchtern.

Auch hier wird weiterhin eine breite Öffentlichkeit und Solidarität erforderlich sein, um die von uns geforderte Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Itzehoe zu erreichen.

# INE GESLLSCHAFT, DIE SICH NICHT WEHRT...

## Berliner Pläne

Am 30.10.89 wurden die ehemaligen Schwesternwohnheime am Rudolf-Virchow Klinikum(RVK)besetzt und einen Tag später skrupellos geräumt.(Strafantrag durch Neher)Kurz darauf begann der Abriß der Gebäude.Durch die Räumung entlarvte sich wiedereinmal die perverse Doppelmoral der Absahner(innen?)innerhalb der Gesellschaft,während öffentlich die Wohnungsnotbeklagt wird,wurden hier 140 intakte Einzelappartements abgerissen,obwohl ein Baubeginn auf dem Gelände frühestens 199o vorgesehen ist.Ursache ist die pervertierte Vergabe von Geldern,die abhängig vom Abriß gemacht wurden.

RVK,Bund,Wissenschaftsrat(WR),Uni und Senat sind die offizielle Drahtzieher.

Ein Grund für die gewaltsame schnelle"Lösung" des BesetzerInnen-problems ist die Dimension der Umstrukturierung desRVK und die vorhergegangenen Proteste.(Anm.:die Räumung war nicht nach Berliner Linie!)

Die Umstrukturierung hat es in sich,mit einen Aufwand von mind. 2 Milliarden Dm(nur Baukosten,ein Bruchteil der Gesamtkosten)soll das Rvk in ein High-Tech Wissenschafts-und Forschungszentrum umgebaut werden.Gleichzeitig kommt die- Gesundheitsreform brutal

zum tragen.Für die Umstrukturierung werden Krankenhausbetten ersatzlos gestrichen(trotz einer Auslastung von über 90%). Zusätzlich wird ein Krankenhaus in Charlottenburg ersatzlos geschlossen,Krankenwagenfahrten werden um ein vielfaches länger (durch den Bettenabbau ist bereits jetzt eine Situation eingetreten, in der Kranke durch die ganze halbe Stadt gefahren werden).Daraus resultierende Nachteile(Tod von Patienten?!) werden bewußt in Kauf genommen,qualifiziertes Personal ist bereits abgewandert.

In den geplanten Forschungslaboratorien(wie könnte es anders sein?!)werden Tierversuche und Gentechnologische Forschung sowie Tierversuche im Zusammenhang mit Gentechnologie realisiert.

Eine ausführliche Stellungnahme oder Information über Gen-tech können und wollen wir an dieser Stelle nicht leisten,die Problematik ist zu umfangreich,Einschätzungen sind spekulativ.Jede(r) sollte sich selbst schlau machen.Wir werden versuchen in Zukunft dazu beizutragen.

Klar ist nur:-Gentechnologie ist eine Technologie,die den Überwachungsstaat braucht(und umgekehrt). Die Möglichkeit im medizinischen Bereich neue Behandlungsmethoden zu entwickeln beinhaltet gleichzeitig den Versuch zur totalen Unterjochung der Natur.Gentech wird unser gesamtes kulturelles Bewußtsein verändern. Zumindest an diesem Punkt sollten wir Einfluß nehmen,es geht uns alle an.Sie forschen an der Unterjochung der Welt von morgen,und das direkt vor unserer Haustür.

Das RVK erscheint uns als ein wesentlicher Baustein zur Realisierung der Herscchafts-und Großmachtphantasien des Patriachats. (patriachale Wissenschaft-der Widerstand gegen ihre Pläne kommt bisher aus dem feministischen Spektrum,weil gerade wieder die Frau als Subjekt am meisten bedroht ist und das Embryo.)-(Subjekt ist hier als Gegensatz zum angestebten Objekt gemeint)

Der anschließende Überblick soll euch mit den bisherigen Geschehnissen um das RVK vertraut machen.Für EinsteigerInnen in's Thema emphehlen wir die"e-colibri"Zeitschriften und die Broschüre "Anschlag".Beide aus Hamburg und in jeder guten linken Buchhandlung. Ihr werdet von uns hören

Liebe,Kraft und Freiheit für Frau Dr.Ingrid Strobl

---

RVK-gebaut von Rudolf Virchow

Der Krankenhausplan kam 1985/86 auf den Tisch.

Das RVK ist einKrankenhaus,das seinerzeit nach fortschrittlichen gesundheitlichen Aspekten gebaut worden ist.(dezentral-Pavillons'-eingebunden in Grünanlagen-ökologisches Gesamtkonzept-1889 gebaut) Seit 1985 existieren zum erstenal konkrete Pläne des CDU-Senats dieses Kh umzugestalten.(neuer Kh Plan)
'-Bettenstreichung,Planstellenabbau,Krankenhausschließung)
um"Berlin wieder zu einem Mekka der Medizin zu machen"(Fink)
Zu diesem Zweck soll u.a. das Uni-Krankenhaus-Charlottenburg mit dem RvK zum Uni-Kh-RV zusammengelegt werden.Ziel ist esein wissenschaftliches Forschungszentrum mit weltweiten Ruf aufzubauen,Herz. zentrum,Gen-Tech,Tierversuchlabors für Großtiere,Aids-Forschung,neue Strahlentherapie,humangenetische Beratung und Forschung,in Vitro Fertilisation(künstliche Befruchtung,spezielle Pathologie,klinische Chemie...)

Nach allerhand "HIN und Her" stimmt der Wissenschaftsrat 1987 den Plänen des Senats zu,unter der Bedingung,daß die Bettenzahl im UKRV auf 500 beschränkt ist,mit der Begründung,daß eine höhere Bettenzahl wirtschaftlich nicht tragbar sei.(angeblich)

Der WR ist ein bundesweites Gremium,(Sitz in Düsseldorf)das über den Bau und die Finanzierung von Hochschulen und Hochschulkliniken in Zusammenarbeit mit Bund und Ländern entscheidet und Teile der Finanzierung übernimmt.

Die Kosten des Gesamtprojekts wurden ursprünglich vom CDU-Senat mit 890 Millionen angegeben,wovon die Hälfte (425 Mill.) der WR übernehmen soll.

Im Aug.87 wird in den Ferien und ohne Amhörung in den entsprechenden Ausschüssen ein neues Gesetz vom Senat durchgedrückt, das einen Ermächtigungsgesetz gleich kommt. Das errichtungsgesetz setzt Paragraphen aus verschiedenen bestehenden Gesetzen außer Kraft, bis das ganze Projekt beendet ist. (außer Kraft gesetzt sind: Personalvertretung, Landeskrankenhausgesetz, Hochschulgesetz und Denkmalschutz) Besonders betroffen sind die Mitbestimmungsrechte und Schutzrechte des Personals

So gibt es z.B. nur noch einen Personalrat für das UKC und RVK die Mitgliederzahl wurde um 1/3 reduziert, -die denkmalgeschützten Pavillons wurden abgerissen, obwohl sich Personalrat und KrankenpflegerInnen dagegen organisierten (Blockade am Tag des Abrisses) und sämtliche Entscheidungen wurden vom Errichtungskuratorium ohne Mitspracherecht des Personalrats gefällt.

86 wird der neue Krankenhausplan verabschiedet, der bis 1992 (-E92) folgende Bettenstreichungen vorsieht:

1316 in städtischen Kliniken
654 in nicht " "
(Kirche, privat)

und bei der Zusammenlegung von UKC und RVK 1239 (Reduzierung insgesamt 3205 Betten)-
obwohl z.Z. eine Auslastung von durchschnittlich 90% gegeben ist. (normale Höchstauslastung imKh sind ca.80%, um eine angeblich optimale Betreuung zu ermöglichen) Laut einer Anfrage im Senat

Eine der Folgen ist, daß 800 Vollzeitarbeitsplätze abgebaut werden müssen, bisher sind ca.1000 weggefallen. Bei diesem Plan sind die Teilzeitarbeitskräfte noch nicht berücksichtigt.

Ende 1987, der Wr fordert weitere Bettenreduzierungen, wenn er den Plänen zustimmen soll.

Der Wr argumentiert mit der Wirtschaftlichkeit (pro Bett mit gesamt Inventar angeblich 1 Millionen DM) und daß die Forschung wichtiger sei als die Krankenversorgung vor Ort.

Inzwischen werden die gesamten Baukosten auf 2 Milliarden geschätzt, wovon der WR weiterhin nur die ursprünglichen 425 Millionen übernehmen wird.

Dies ist besonders wichtig im Zusammenhang mit der früheren Argummentation der SPD ("Klinikumsverlegung ist die gigantischte Fehlentscheidung des Senats") und deren heutiger Begründung der Fortführung des Projekts. Ein Baustopp und die teilweise Wiederherstellung der alten Zustände käme angeblich teurer als der weiterbau. Dabei geht die "SPD" von den alten Zahlen (800 Mill. für Umbau) ausund davon, daß der Wr im Falle eines Baustopps die vorgesehenen 400 Millionen nicht zahlen würde.

Zur Steigerung der Akzeptanz der Forschungsabt. für Gen-Tech existieren Ethikkommissionen (bundesweit, RVK und seit einiger Wochen auch in Charlottenburg) deren Mitglieder sich hauptsächlich aus Interessensvertretern aus Med. und Wirtsch. zusammensetzen, um Richtlinien für den Umgang mit Menschenversuchen festzulegen

Alternativen?!-Naturheilkunde ist aus dem RVK nach Moabit ausgegliedert worden.

Die Zusammenlegung der beiden Krankenhäuser kommt letztendlich einer Schließung eines Kh gleich. In das UKC soll jetzt das DRK '-Kh Jungfernheide einziehen, für das das Gebäude jedoch viel zu groß ist. Der Umzug soll vom Senat mit 90 millionen finanziert werden.

Vorläufiger Endpunkt war die Besetzung der Schwesternwohnheime!

Anm.: Bis jetzt macht ein gewisser Neher (Strafanträge-Kommissarischer Generalbeauftragter für das RVK -4.5 Millionen pro Jahr) und Brückner -Vize (Uni), -Chef der Frauenklinik) -Ärger. Wir sind wenig gespannt auf die, die da noch mitmischen.

Laßt uns ihren Untergang feiern!

venceremos

# TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

### Donnerstag, 14. 12.

**Kundgebungen gegen Wohnungsnot:**

**17.00 Rathaus Neukölln.**

**17.30 Karl-Marx-Platz.**

**18.00 Werrablock.**

**17.00 "Was wäre, wenn die ganze Bundesrepublik verkabelt sein wird?"** Der fiktive Videofilm aus der nahen Zukunft spielt auf satirische Weise die Folgen der Verkabelung durch. Im El Locco.

**19.00 "Berlin Alexanderplatz"**, Film von 1931 nach sem Roman von Alfred Döblin. Im El Locco

**21.00 "Das Gefolge der Schwarzen Feder"**. Film von '76 aus der Tschechoslowakei, der im Jahre 1917 spielt. Eine Jungenbande steigt in eine Waffenfabrik ein und überschwemmt dabei den ganzen Fabrikraum... Im El Locco.

**21.00 + 23.00 "Freiheit unter dem Schleier"**, Dokumentarfilm über Frauen in der islamischen Republik Iran. Im Kino im K.O.B, Potsdamerstr. 157.

**jeden Donnerstag**

**18.00 Gruppentermin des ASTI** (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

**20.00 Volksküche** im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

### Freitag, 15. 12.

**20.00 Bioautomaten und Computerhirne**, Neuronale Netze, Künstliche Intelligenz, Sprach- und Bilderkennung. Eine Veranstaltung der AG Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie am Feministischen FrauenGesundheitsZentrum (FFGZ) Frankfurt.
Im CHIP, Reichenbergerstr. 44/45

**23.00 "Das Gefolge der Schwarzen Feder"** Siehe Mi. 21.00 im El Locco.

### Samstag, 16. 12

**12.00 Frauen-Antifa im Wedding.** Wir haben Bock dadrauf - Ihr auch? Frühstück im Infoladen Omega, Sparrstr. 21.

**14.00 Kiezdemo "Gegen Umstrukturierung - Für Anarchie"** am Schlesischen Tor. Siehe auch Schrieb in diesem und dem letzten Heft.

**20.00 "Im Herbst der Bestie"**, Video zur Anti-IWF/Weltbankkampagne '89. Im Pinox, Oranienstr. 45

**Prozeßkostenfete** der ZweitenBildungswegler Innen in der SfE, Gneisenaustr.

**jeden Samstag**

**Frauentag und ab 18.00 FrauenKiezcafe** im Infoladen **Lunte**, Weisestr. 53.

**16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon** 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

### Sonntag, 17..12.

**14.00-18.00 ArbeiterInnenversammlung:**
1. Referat wi-Redaktion. Thesen zur Klassenstruktur in Westberlin.
2. Bericht von der Arbeit des Siemens-Soli-Komitees.
3. Bericht von Kl.'s Eindrücken in der DDR.
4. Brief an die Prowo-Redaktion wegen W.'sInterview im Namen der AV.
5. Festlegung der Themen und Termine für 1990. Im Blauen Salon, Gneisenaustr. 2a

**14.00 Diskussion** Über Perspektiven des MieterInnenwiderstandes in Neukölln und gemeinsame Organisierung gegen Hausbesitzer und Umstrukturierung. Vorher wie immer **Kiezküche** im Syndikat, Weisestr. 56

**17.00 "Was wäre, wenn die ganze Bundesrepublik verkabelt sein wird?"** Der fiktive Videofilm aus der nahen Zukunft spielt auf satirische Weise die Folgen der Verkabelung durch. Im El Locco.

**19.00 Internes Treffen aller "Repressionsbetroffenen der Sylterstr."** Im Infocafe "Vamos", Marchstr.

**19.00 "10 Tage die die Welt erschüttern"**, Video, UdSSR. Die Tage nach der Oktoberrevolution 1917 in Rußland. Im El Locco.

**20.00 "Im Herbst der Bestie"**, Video zur Anti-IWF/Weltbankkampagne '89. Im Kiezpalast, Cuvrystr. 21.

**21.00 Film zu Gen-Tech** (welcher war bei Redaktionsschluß noch nicht klar) anschließend Diskussion in Bezug auf das Rudolf-Virchow-Krankenhaus. Im Infocafe "Vamos", Marchstr.

**jeden Sonntag**

**13.00 - 17.00 Frauentag in der M 99,** Manteuffelstr. 99

**14.00 Neuköllner Kiezküche** im Syndikat, Weisestr. 56

**16.00 Frauenkiezcafé** im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. **Kinder sind erwünscht.**

ab **18.00 Kiezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64

**20.00 Film** im EX, Gneisenaustr. 2a

### Montag, 18. 12.

**Das El Locco hat bis 9. 1. 1990 geschlossen.**

**jeden Montag**

**18.00 - 20.00 Antifajugendcafe** im Infoladen Lunte, Weisestr. 53.

**19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen** im Heilehaus, Waldemarstr. 36

**20.00 Volksküche** im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

### Dienstag, 19. 12.

**17.00 Demo gegen Wiedervereinigung und Kohl** - veranstaltet von der "Initiative für eine vereinigte Linke"/DDR, am Alexanderplatz, Berlin - Hauptstadt der DDR.

**18.00 "Feuerprobe" + "Gestern, heute, morgen"**, zwei Antifafilme im Schüler- (is' wohl nur für Jungs, oder was?) -cafe in der Beseler-Kaserne, Flankenschanze 46 1/20.

**19.00 Lesben- u.a. Frauen-VV zum - Camp in A'dam 89.** Wir wollen gemeinsam das letzte CAmp nachbereiten, um daraus Ideen, Anregungen, Perspektiven... für's nächste Camp zu entwickeln. Also: Alle "Dagewesenen" und sonstwie Interessierte; kommt massenhaft in den Falckeladen, Falckensteinstr. 46.

**jeden Dienstag**

**19.00 Gruppentermin der FAU** (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

**20.00 Film &&&,** im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

### Mittwoch, 20. 12.

**jeden Mittwoch**

**16.00 - 19.00 MieterInnencafé** in der Lunte, Weisestr. 53

**17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin"**, Autonomes Seminar in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

**119.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung** im Heilehaus, Waldemarstr. 36.



## Bitte alle Termine für bis Anfang Januar bis spätestens Montag 18. 12. in unseren Briefkasten, die übernächste Interim gibt's erst wieder

# 1990

# Für die Befreiung El Salvadors jetzt!

In El Salvador läuft seit dem 11. November die Grossoffensive des FMLN, die entscheidende Offensive im zehnjährigen Befreiungskampf gegen das herrschende Regime und die US-Imperialisten. Jetzt kämpft das Volk und der FMLN für die Befreiung - unterstützen wir sie politisch und mit Spenden - jetzt!

### Der lange Weg: gegen das Regime, die US- Imperialisten und ihr Austandsbekämpfungsprojekt

Um die Wucht, die Tiefe und die spezifische Form dieses Aufstandes verstehen zu können, müssen wir kurz in die jüngere Geschichte des salvadorianischen Widerstandes zurückblicken: Nach dem revolutionären Triumph der SandinistInnen in Nicaragua 1979 mussten die Kriegsstrategen im Pentagon neue Formen der Aufstandsbekämpung entwickeln, um eine zweite Revolution in der Region verhindern zu können. El Salvador wurde zum Labor neuer Aufstandsbekämpfungsformen des US-Imperialismus: Reformen und gleichzeitig Repression - Kriegführung auf militärischer, sozialer, wirtschaftlicher und psychologischer Ebene wurden geplant, ausgeführt und weiterentwickelt. Die dabei gemachten Erfahrungen werden weltweit zur Bekämpfung jedes sich formierenden Widerstandes verwendet. Gegen aussen sorgte eine christdemokratische Regierung für einen "demokratischen" Anstrich, deren Agrarreform z. B. wurde jedoch zur Militarisierung des Landes und zur Zerschlagung selbstbestimmter Kooperativen verwendet. Propaganda, die die Köpfe durchdringt, und einzelne Projekte, die wenige begünstigen (sie aber gleichzeitig in verstärkte Abhängigkeit bringen), sollten den Individualismus fördern und eine Organisierung verhindern.
Dass auf den Philippinen die Marcos-Diktatur gerne fallengelassen und die "Demokratiefigur" Aquino eingesetzt wurde, basierte auch auf Erfahrungen, die die USA in El Salvador gemacht haben. Nur ein als "Reformputsch" getarnter Machtwechsel konnte 1979 den Aufstand gegen die Militärdiktatur in El Salvador bremsen, machte jedoch ein Massaker an der Volksbewegung in den Jahren 1980 - 82 noch "notwendig". So die Logik der imperialistischen Völkermörder.
Der salvadorianische Widerstand stärkte und reorganisierte sich jedoch und die "demokratische" Marionettenfigur Duarte fiel in sich zusammen und musste wieder durch die realen Machthaber ersetzt werden: am 1. Juni übernahm die faschistische ARENA mit Cristiani als Präsident die Regierung. Entgegen der populistischen Wahlkampagne und dem Versuch, der rechtsextremen Todeschwadron-Partei mit Gristiani ein moderates Image zu verleihen, sprechen die Übergriffe der Todesschwadronen auf Kooperativen, die massive Zunahme der Repression seit Cristianis Amtsantritt eine klare Sprache. Auch auf den Philippinen, in Guatemala, in Kolumbien usw. müssen die Befreiungsbewegungen und das Volk erst die formaldemokratischen Marionettenregierungen zerschlagen, damit sich die Fronten klar gegenüberstehen: besitzende Elite und Militär auf der einen Seite - das sich organisierende Volk zusammen mit der Befreiungsbewegung auf der anderen Seite.
Die internationale Bedeutung eines Entscheidungskampfes gegen die Kriegsführung auf "niederer Intensität", wie er jetzt im in El Salvador läuft, ist auch den Kriegsstrategen bewusst. Deshalb erstaunt es nicht, dass israelische Militär-, Spionage- und Wirschaftsexperten sich in El Salvador "engagieren", ebensowenig, dass argentinische und chilenische Folterexperten Schulungskurse durchführen oder dass bundesdeutsche GSG-9 (Antiterror-Spezialeinheit) und GEO-Polizisten (dito aus Spanien) oder US-Sondereinheiten des Anti-Guerrillakampfes sich jetzt in El Salvador aufhalten, oder dass honduranische und guatemaltekische Truppen sowie Green Berets aus den USA sich an den Kämpfen beteiligen. All diese Kriegsstrategen logierten im Hotel Sheraton. Durch die Besetzung des Hotels am 21. November legte die FMLN ihre Präsenz im Land offen. US-Piloten fliegen Borbardierungen gegen dichtbesiedelte Armenviertel. Dies ist die konsequente Weiterführung der US-Intervention seit 1979. Die US-Administration ist bereit, ihre geopolitischen Interessen mit allen Mitteln zu verteidigen.

### Gegen die Desinformation!

Die internationalen Nachrichtenagenturen spielen bei dieser Kriegsführung eine zentrale Rolle: Die Stärke des Widerstandes darf nicht wahrgenommen werden. Wenn das Verschweigen nicht mehr möglich ist, werden Informationen zerstückelt oder verdreht, die Kontinuität der Offensive wird verleugnet. Die "unschuldigen" Opfer der Zivilbevölkerung werden zwar bedauert, doch statt die völkermörderische, faschistische Kriegsführung der Bombardierungen aufzudecken, wird die FMLN dafür verantwortlich gemacht. Sie singen alle das gleiche Lied: Verurteilung der revolutionären Offensive - sei es Arias aus Costa Rica, Cerezo aus Guatemala oder Perez aus Venezuela, der letzten Februar während der Hungerrevolte Hunderte von Menschen zusammenschiessen liess; die EG, das Europaparlament macht die FMLN für die zahlreichen Opfer verantwortlich. Sie alle stützen damit die faschistische ARENA-Regierung und pumpen weiter Geld im Namen von Entwicklungshilfe in den blutigen Geldbeutel der Faschisten, wie es kürzlich Spanien tat. Auch Wischnewski von der SPD zögert nicht, sich für weitere "humanitäre" Hilfe an das Regime einzusetzen. Eine Isolierung der ARENA soll verhindert werden. Es wird wieder von einer demokratischen Regierung gesprochen, die versucht, den unkontrollierten Terror von rechts und links zu bändigen.
Die brutale Ermordung der Jesuiten an ihrer Universität (UCA) ist nicht als "Ausrutscher", nicht als Einzelfall zu sehen. Sie hat den Zweck, die intellektuelle Mittelschicht zu terrorisieren. In jener Nacht wurde der Terror gegen oppositionelle Frauen und Männer massiv verschärft. Die nächtliche Ausganssperre für alle - ausser dem Militär - vereinfacht die grossangelegten Suchaktionen, Verschleppungen und Massakrierungen. Die Menschen der Volksorganisationen tauchen unter, sofern sie können. Namentlich wissen wir von der Ermordung der Leiterin der Frauenforschungsstelle, von einzelnen Mitgliedern von Volksorganisationen sowie von neun Personen einer indianischen Kooperative. Solche Informationen dringen nur selten durch. Um genauere Informationen zu verhindern, werden Journalisten ermordet, AusländerInnen laufend verhaftet und ausgewiesen.

**Für den Aufstand!**

Dem FMLN geht es in diesem Entscheidungsprozess nicht um die schnellstmögliche Erstürmung wichtiger Kasernen und Regierungsgebäude. Es ist , wie schon der jahrelange Befeiungskampf, keine rein militärische Frage. Der Guerrillakrieg wird jetzt im Rückzugsgebiet des Feindes, in der Hauptstadt und den grösseren Städten geführt. Einzelne Kasernen werden eingenommen, doch die meisten werden vorerst belagert, um die Regierungsarmee zu binden. Dies demoralisiert die grösstenteils zwangsrekrutierten Soldaten. Immer häufiger werden Desertationen gemeldet.
Es ist kein Zufall, dass zu Beginn der Offensive der Nord-Ost-Süd-Gürtel der Hauptstadt von der FMLN besetzt und kontrolliert wurde. In diesen Armenvierteln wurde trotz Regierungsspitzelapparat bereits vor der Offensive ein weitläufiges unterirdisches Verbindungsnetz gegraben. Dies erklärt, warum die Bevölkerung und die FMLN den massiven Bombardierungen so lange standhalten konnten. Die Erfahrungen der Volksorganisierung gegen die Flächenbombardierungen, mit denen 1984 - 86 die Bevölkerung aus den von der FMLN kontrollieren Gebieten auf dem Land vertrieben werden sollte, wurden in die Stadt getragen. Lange vor der Offensive entwickelte und produzierte der FMLN zusammen mit dem Volk ein Arsenal von Volkswaffen aus Leitungsröhren und anderen erhältlichen Bestandteilen. Das Volk produzierte sich so seine eigenen Verteidigungswaffen. Zusammen mit den Männern, Frauen und Kindern ist der FMLN daran, in den umkämpften Gebieten ein eigenes Versorgungs- und Verteidigungsnetz aufzubauen.
Die Offensive hat einen offensichtlichen Klassencharakter. Nach den Bombardierungen der Armenviertel verlagerte die FMLN die Kämpfe in die Reichenviertel der verhassten Oligarchie. Hier werden wir nicht von Bombardierungen bedroht sein, erklärte die FMLN und legte somit ein weiteres Mal die Kriegsfronten offen. Solche Aktionen ersetzen Tausende von Reden, sie veranschaulichen die Parole "Nieder mit den Faschisten" und verankern sie im Bewusstsein der Leute. Gleichzeitig wurden mit den Angriffen in diesen Quartieren der Widerspruch in der Bourgeoisie verschärft. Zum ersten Mal erlebt sie den Krieg in den eigenen Palästen. Heftige Kämpfe finden weiter in den grossen Städten und in den Grenzgebieten zu Honduras und Guatemala statt.

Die von der FMLN kontrollierten Zonen (in acht von vierzehn Departementen) wurden mit der Offensive als befreit erklärt. Dort wurde in den vergangenen Jahren der Kern einer neuen Gesellschaft aufgebaut. Mit den kollektiven Erfahrungen von Krieg und Widerstand der Landbevölkerung, den wiederangesiedelten Kriegsvertriebenen, wurden neue soziale Strukturen geschaffen. Die gemeinsame Organisierung der Produktion, Informationsbeschaffung, Fluchtmöglichkeiten bei Bombardierungen, Schulunterricht, medizinische Versorgung sowie mögliche Protestformen stärkten das Bewusstsein über eine Kollektivierung der gesellschaftlichen Lebensformen. Ein Grossteil eben dieser Organisierungsarbeit wurde von den Frauen getragen. Nicht nur auf dem Land, auch in den Städten war und ist die Basisarbeit von Frauen, die Informations- und Logistikbeschaffung sowie die Organisierung von Widerstand in den Armenvierteln durch Frauen fundamental. Die Beteiligung von Frauen am Guerillakampf und in der Führung von Volksorganisationen ist in den letzten Jahren stark angestiegen.

Die Erfahrungen des sandinistischen Nicaragua zeigen uns, dass ein nationaler, revolutionärer Triumph nicht alle patriarchalen, ökonomischen und politischen Fesseln sprengen kann. Was eine Machtergreifung durch die FMLN jedoch auf jeden Fall eröffnet, ist die Möglichkeit, Strukturen von unten auf- bezw. auszubauen, die nicht mehr ohne weiteres rückgängig gemacht werden können. Die Offensive der FMLN und des Volkes in El Savador bedeutet eine Offensive für alle revolutionären Kräfte in Zentralamerika! und erweitert die Perspektiven für Befreiungskämpfe überall!

Unterstützen wir den Kampf des salvadorianischen Volkes für
das revolutionäre Projekt und gegen Faschismus und Imperialismus!
USA - raus aus Zentralamerika!
Stop den Bombardierungen!
Weg mit den Faschisten dort und hier!

# AUFRUF ZUR DEMO AM 19.12 IN OSTBERLIN

## AN ALLE !

In der Stunde größter Gefahr, in der Stunde drohenden Ausverkaufs unseres Landes wenden wir uns an Euch, das Volk der DDR, und insbesondere an die Arbeiter in den Betrieben, die Bauern auf dem Lande, die Wissenschaftler in den naturwissenschaftlich-technischen Lehr- und Forschungseinrichtungen, an alle, die die Werte schaffen, und mit ihnen an alle ehrlichen, aufrechten und arbeitsamen Menschen in diesem unseren Land mit dem Ruf

**LAßT DEN AUSVERKAUF NICHT ZU!**

Nahezu 30 Jahre hat eine autokratische Führungsclique 16 Millionen Menschen wie Staatssklaven gehalten, hat sie ein ganzes Volk eingemauert und mit einem nahezu perfekten System der Bespitzelung und Denunziation in Schach gehalten, hat sie Widersetzige eingesperrt und anschließend wie Sklaven verkauft, des Landes verwiesen oder mittels einer allgegenwärtigen Kaderbürokratie in die Asozialität gedrängt. Sie hat das Volk ausgebeutet, sich an seiner Arbeit bereichert, persönlich und durch ein verzweigtes System von Privilegien und Vergünstigungen. Für ihre Villen und Paläste sowie für ihre Empfänge und Reisen verjubelten sie auch die von uns teuer erwirtschafteten Devisen. Derweil verkamen ganze Stadtviertel, Betriebe und Einrichtungen.
Dieses unser Land ist ruiniert worden. Nun sind die Konkursverwalter angetreten und leiten den Ausverkauf des Landes ein. Mit dem Finger auf die Spekulanten zeigend und so die Aufmerksamkeit von sich ablenkend bieten sie alles, was Generationen arbeitender Menschen in 40 Jahren geschaffen haben, ausländischen Kapitalgruppierungen als Einzahlungssumme in Beteiligungsgesellschaften an. VW, Siemens, Springer und IG Farben teilen sich schon den Kuchen, verhandeln bereits die Anteile. Wer hat die Wirtschaftsführer unseres Landes autorisiert?
Sie sagen dem Arbeiter, er müsse sich künftig außer der Knute der Funktionäre auch noch die der Kapitalisten gefallen lassen. Sie bieten volkseigene Betriebe zum Verkauf an, auf daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Selbst in den meisten Ländern Westeuropas gibt es ein niedrigeres Lebensniveau als in der DDR, nicht trotz sondern wegen eines freien Marktes.
Arbeiter in den Betrieben, wir rufen Euch auf:

**SCHÜTZT EURE BETRIEBE! NEHMT EURE BETRIEBE IN EUREN BESITZ!**

Wenn die Kampfgruppen in den Betrieben jemals einen Sinn hatten, dann jetzt. Angehörige der Kampfgruppen, tut, wofür man Euch einst gerufen hatte: Schützt Eure Betriebe vor dem Zugriff der Konkursverwalter und der in- und ausländischen Kapitalisten!
Angehörige der Intelligenz, macht, wozu man Euch immer aufforderte, stellt Euch an die Seite der Arbeiter, schützt mit ihnen die Betriebe, die auch Euch gehören, und helft mit, die Betriebe im Interesse der Aufrechterhaltung der Versorgung und der Dienst-leistungen in Gang zu halten.

**WÄHLT BETRIEBSRÄTE UND VERBINDET EUCH ÜBERBETRIEBLICH!**

Bekundet am 19.12., dem Tag des Kohl-Besuchs, auf einer machtvollen Demonstration Euren Willen, den Ausverkauf unseres Landes zu verhindern, seine souveräne Existenz zu bewahren und den Träumen von einem großdeutschen Reich unsäglichen Angedenkens eine Abfuhr zu erteilen!

INITIATIVE VEREINGTE LINKE, Berlin

**Die Demonstration beginnt am Dienstag, den 19.12.89 um 17.00 Uhr auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin.**